Dollarflut

C 21246 E

Seite 2

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 6 vom 17. Februar 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig



Der Hoesch-Streik

Hoesch-Arbeiter gehen voran.

Lehren aus dem Streik.

Bild, 7. Februar: "HEISSE SCHLACHT UM UNSERE MARK. PREISWELLE DROHT... Die Preise werden voraussichtlich schneller steigen als je zuvor."

'Metall' Nr. 2 (die Zeitung der IGM-Führer) versucht von ihrem 8,5%-Verrat abzulenken: "Jetzt ist die Bundesregierung am Zug. Sie muss die preispolitischen Umwälzungsspielräume der Unternehmer systematisch eingrenzen... Der Kaufkraftzuwachs der Arbeitnehmer hängt nicht nur von der erfolgreichen Tarifpolitik der Gewerkschaften ab, sondern auch von der Preis- und Steuerpolitik."

Schmidt (SPD-Finanzminister) nannte diese 'Preis- und Steuerpolitik' offen beim Namen: "Wir müssen die Bundesbürger noch etwas zur Kasse bitten."

Wenige Tage später, Donnerstag, 8. Februar, 4 Uhr früh: Die Arbeiter der Feineisenstrasse auf der Westfalenhütte in Dortmund treten in den Streik. Hoesch-Vorstand und Betriebsrat hatten eine innerbetriebliche 'Zulage' von 0-21 Pfennigen gestaffelt nach Punkten beschlossen. Das bedeutete 0,0 Pfennig für die Mehrheit der Arbeiter, eine Lohnerhöhung für eine Minderheit besser bezahlter Kollegen (ab 14 Punkte). "Dieses Angebot ist ein Hohn, unsere Forderung ist mehr Lohn!", war die Antwort der Kollegen.

1. Was der Dreibund von Kapital, Regierung und DGB-Führung mit 'Stabilitätspakt'-Gerede und Drohungen glaubte verhindern zu können, war eingetreten: Das rasche Durchziehen der 'Lohnleitlinie' für Millionen Arbeiter und Angestellte, die Verhinderung jedes grösseren Streikkampfes in der vorhergegangenen Tarifrunde hat die Kampfbereitschaft in den Betrieben nicht ersticken können. Zwar ging es jetzt um innerbetrieblichen Kampf. Aber allen war klar: Im Hintergrund stand der 8,5%-Betrug, die Lohnleitlinie, die über 75% der Hoesch-Arbeiter abgelehnt hatten. Der Funke war da – würde es zum 'Flächenbrand' kommen?

Donnerstag nachmittag: "Harders, wir kommen!", unter diesen Sprechchören zogen einige hundert Stahlarbeiter zum Verwaltungsgebäude und besetzten es für eine Stunde. Am Freitag demonstrierten einige tausend Stahlwerker in einem Sternmarsch durch Dortmund. "Das hätten wir auch schon am 11. 1. machen müssen", hiess es. Und: "Diesmal gibts kein Zurück, das muss werden wie in England, und wenn es ein halbes Jahr dauert." Noch einmal wurden die Forderungen beschlossen: 14 Pfennig mehr für alle! Bezahlung der Streikzeit! Keine Benachteiligung von streikenden Kollegen! – Das war eine klare Absage an ein neues Angebot des



6000 Hoesch-Arbeiter demonstrieren in Dortmund

England: Weg mit dem Anti-Streik-Gesetz!

Hunderttausende von englischen Arbeitern, Angestellten und Beamten sind sich einig: Die Antistreikgesetze müssen vom Tisch. Die Arbeiterklasse hat die Einführung der von der Labour-Regierung vorbereiteten und von der Regierung Heath beschlossenen Antistreikgesetze nicht verhindern können. – Aber kaum wurde das Gesetz in seinen ersten Angriffen auf die Arbeiterklasse Wirklichkeit, streikten sofort 600 000 Arbeiter.

Es ging um folgendes: Die militante AEUW, die Maschinenarbeitergewerkschaft, hatte einen notorischen Streikbrecher aus ihren Reihen entfernt. Sie liess sich auch nicht zwingen, ihn wieder in die Gewerkschaft aufzunehmen. Da trat eines der Sondergerichte auf den Plan, in denen nach den Antistreikgesetzen Kapitalisten über den gewerkschaftlichen Kampf 'Recht sprechen'. Ein solches Gericht verurteilte die Gewerkschaft zu einer Strafe von 500£ (rund 60 000 DM).

Das machte das Mass voll. Die Führung der Maschinenarbeitergewerkschaft, der auch Reg Birch, der Vorsitzende der CPB/ML, unserer Bruderpartei, angehört, rief die Arbeiter zum Kampf. Sie folgten wie ein Mann. Fast 600 000 Kollegen streikten. Hafenarbeiter und andere Branchen schlossen sich an. Die Kapitalisten wurden empfindlich getroffen: 6 Mio£ Produktionsausfall, 500 000£ Profitverlust.



Reg. Birch, Vorsitzender der CPB/ML, und Führer der Maschinenarbeitergewerkschaft AEUW, spricht zu streikenden Kollegen

Noch empfindlicher aber traf sie die grosse Solidarität, auf die der Streik der Maschinenarbeiter traf. Von überall her, aus zig Betrieben kamen Glückwunsch- und Solidaritätsadressen. Alle forderten: Führt den Kampf entschlossen weiter.

Kein Wunder, dass die englischen Kapitalisten vor dieser festen Front das Fürchten bekommen. Sie sehen ihre Rettung in noch härteren ökonomischen und politischen Angriffen auf die Werktätigen Englands. Dem 90-tägigen Lohnstopp soll jetzt ein Anti-Inflationsgesetz folgen. Dieses Gesetz bedeutet genau wie das alte: Stopp für die Löhne und freie Fahrt für die Preise. Denn die Kapitalisten dürfen ihre Preise erhöhen, "wenn Kostensteigerungen es nötig machen". Was damit auf die englische Arbeiterklasse zukommt, kann man sich vorstellen, wenn man bedenkt, dass allein seit 1970 die Preise schon um 22% gestiegen sind.

Aber die englischen Kollege denken nicht daran, diese Stabilitätspolitik für die Profite der Kapitalisten mitzumachen: 47 000 Gasarbeiter, 320 000 Postarbeiter haben der Regierung den Kampf angesagt. Ende letzten Jahres fanden bereits Warnstreiks der Hafenarbeiter statt. In London demonstrierten 15 000 Lehrer ihre Kampfbereitschaft gegen den Lohnstopp. Jetzt haben sogar 260 000 Beamte für Ende Februar einen Streik angekündigt. Das ist der erste Beamtenstreik in der englischen Geschichte, ein hervorragendes Beispiel für ihre Kollegen auf dem Kontinent, ebenfalls die Waffe des Streiks zu ergreifen.

Das Beispiel, das uns die geschlossene Front der englischen Werktätigen, geführt von einer kampfstarken Arbeiterklasse gibt, ist ein Ansporn für alle Kollegen auf dieser Seite des Kanals. Die britischen Arbeiter werden beim Kampf gegen einzelne Gesetze des Kapitalistenstaates nicht stehenbleiben. Angeführt von ihrer revolutionären Partei, der CPB/ML, werden sie das morsche kapitalistische Ausbeutersystem stürzen und die Diktatur des Proletariats errichten.

Flugblatt der Hoesch-Arbeiter

"An die Dortmunder Bevölkerung!

Liebe Mitbürger!

Sicher haben Sie schon erfahren, dass wir Arbeiter der Hoesch-Hüttenwerke in Dortmund seit Donnerstag streiken.

Nicht alles, was über diesen Streik berichtet wird, entspricht der Wahrheit. Darum möchten wir uns mit diesem Flugblatt selbst zu Wort melden.

Warum streiken wir?

Nicht aus Übermut, sondern weil wir mehr Geld brauchen!

Dieses Geld – es sind 14 Pfennig mehr die Stunde – wird uns vom Vorstand der Hoesch-Hüttenwerke vorenthalten. Dieses Geld ist vorhanden. Es befindet sich nur in den falschen Taschen, in denen der Unternehmer nämlich. Seit Jahren produzieren wir mehr und mehr, ohne dass sich das entsprechend in unseren Lohntüten bemerkbar macht. Nun wird oft und gerne behauptet, die hohen Löhne seien an den ständigen Preissteigerungen schuld, es sei besser, auf höhere Löhne zu verzichten und stattdessen die Preise stabil zu halten. Aber es ist doch umgekehrt: **Die Preise laufen davon und wir versuchen, durch Lohnerhöhungen einen Ausgleich zu schaffen. Dieser Ausgleich ist durch die letzte Lohnerhöhung nicht erreicht worden. Darum kämpfen wir jetzt um zusätzliche 14 Pfennig die Stunde.**

Bitte unterstützen Sie, was wir Freitag während unserer Demonstration forderten: 'Wir brechen mit dem alten Brauch,
jetzt Preise runter – Löhne rauf!'

Die Hoesch-Arbeiter."

Dollarflut

Was 'Bild' verschweigt, ist, was die westdeutschen Imperialisten sich von der Krise des Dollar und einer möglichen Aufwertung der DM versprechen: Aufwertung der DM heisst, mehr im Ausland aufkaufen zu können, günstigere Möglichkeiten für Auslands-Investitionen, Stärkung der Stellung des westdeutschen Imperialismus in der Welt. Auf der anderen Seite heisst Aufwertung: Schwieriger Verkauf westdeutscher Waren und Absatzschwierigkeiten. Während aber die Stahlbarone, Grossbauern usw., die Verluste befürchten, mit der Bundesregierung schon über Ausgleichszahlungen oder Exportprämien aus unseren Steuergeldern verhandeln, versuchen sie zusätzlich, dieser Absatzschwierigkeiten durch verschärfte Ausbeutung der Werktätigen, durch Rationalisierung und Lohnraub Herr zu werden. Diese Massnahmen werden aber den Widerstand der Arbeiterklasse verstärkt wachrufen.

Jetzt soll die Empörung der Arbeiter über die Bonner Massnahmen zur 'Stabilität', Profiterhöhung durch Lohnraub und fortschreitende Inflation, auf die Dollarkönige an der Wallstreet abgelenkt werden. Die USA sind schuld, sagt der DGB. Statt Klassenkampf gegen die 'eigenen' Imperialisten zu führen, soll der Arbeiter 'Masshalten zum Schutz der DM'. Stabilitätsgerede und chauvinistische Appelle zur 'Verteidigung des Vaterlands' gehen Hand in Hand. Eine Politik, in die auch die Revisionisten schon seit Beginn der weltweiten Währungskrise einstimmen.

Woher rührt die Dollarkrise in den USA, woher kommt die Zugkraft Westdeutschlands und Japans für das US-Kapital?

Die gleiche imperialistische Politik, die die USA-Kapitalisten zu den Herren der kapitalistischen Welt und den Dollar zur Leitwährung werden liessen, ist heute die Ursache für die rapide Geldentwertung in den USA, für die Schwächung des Dollar auf dem kapitalistischen Weltmarkt. Denn mit der Stellung des US-Imperialismus ist es seit 1944 (Währungsabkommen von Bretton Woods) gründlich abwärts gegangen und geht es weiter bergab. Damals waren der deutsche, japanische und italienische Imperialismus weitgehend geschlagen, Grossbritannien und Frankreich schwer in Mitleidenschaft gezogen. Damals konnte der US-Imperialismus auf Grund seiner überragenden wirtschaftlichen, politischen und militärischen Stärke die für seine Expansion günstigsten Währungsbedingungen den anderen kapitalistischen Mächten diktieren.

Doch inzwischen haben die anderen imperialistischen Mächte vor allem Japan und Westdeutschland, ihre frühere Stellung wieder weitgehend erreicht. Sie werden im Kampf um Investitionsmöglichlichkeiten, Rohstoffquellen und Absatzmärkte immer mehr zu einem erbitterten und oft erfolgreichen Konkurrenten des US-Imperialismus.

Vor allem aber wird die Ausplünderung und Niederhaltung der Völker der Welt für den US-Imperialismus durch den erfolgreichen Befreiungskampf der Völker auch für die wirtschaftliche Macht der USA immer mehr zum Bumerang. Die USA haben seit dem zweiten Weltkrieg über 1 000 Milliarden Dollar für ihre Kriege gegen die Völker der Welt und zur Niederhaltung der eigenen Arbeiterklasse ausgegeben. Allein der Vietnamkrieg hat bis 1972 etwa 200 Milliarden Dollar gekostet. Das US-Monopolkapital machte dabei zwar Riesengewinne, aber die Inflation schritt voran, der Dollar wurde damit immer mehr entwertet. Da (im Abkommen von Bretton Woods) sich die anderen kapitalistischen Staaten verpflichtet hatten, den Dollar, (auch wenn er immer weniger wert wurde), zu einem mit dem Gold festverknüpften Kurs abzunehmen, hatten die USA die Möglichkeit, ständig neue Dollar zu drucken und sich dafür Gold oder andere Devisen zu kaufen. Durch Betätigung der Notenpresse setzten die US-Imperialisten zwar massenweise Dollar in Umlauf, für die aber keine Waren als reale Gegenwerte vorhanden waren.

Das treibt aber nicht nur die Inflation in den USA voran. Immer grösser wurde die Diskrepanz zwischen dem tatsächlichen Wert des Dollars und dem festgesetzten Umtauschkurs zu Gold und den anderen Währungen. Die Flucht aus dem Dollar begann und damit die Dollarkrise des Jahres 1971. Ein neues Währungsabkommen wurde ausgehandelt. Nixon nannte es "das bedeutendste Währungsabkommen der Geschichte". Aber ein Jahr später war alles beim Alten und noch schlimmer.

Milliarden Spekulationsdollar ergossen sich über Westdeutschland. Der Grund: Man erwartete eine Änderung des DM-Wechselkurses zum Dollar, eine Aufwertung. Aber die Bundesregierung zögerte noch. Warum?

Die Imperialisten in Frankreich und Italien haben schon längst Massnahmen zur Verhinderung der Dollarflut ergriffen. Der westdeutsche Imperialismus wartet, weil er hofft, die westeuropäischen 'Partner' (und Konkurrenten!) zu einem gemeinsamen 'Floating' gegenüber dem Dollar zu zwingen. Schliesslich will er seine gegenwärtigen Exportvorteile gegenüber den EWG-Ländern durch eine einseitige DM-Aufwertung nicht verlieren.

Der westdeutsche Imperialismus hat nur ein Ziel: Selbst zur Grossmacht zu werden. Dabei jongliert er zwischen den anderen imperialistischen Mächten, zwischen USA-, Westeuropa- und den sowjetischen Sozialimperialisten; treibt es mit diesem und jenem und stärkt sich von allen Seiten. Warum unterstützt Bonn noch den Dollar?

Bonn profitiert bei seinen abenteuerlichen Grossmachts-Plänen in politischer und vor allem in militärischer Hinsicht noch erheblich vom USA-Imperialismus. Sagte doch Finanzminister Schmidt, dass man bei den währungspolitischen Fragen gegenüber der USA nicht die 'Sicherheitsfrage' (sprich militärische Stärkung durch die USA) vergessen dürfe. Schmidt muss es wissen. War er doch noch vor kurzem Kriegsminister.

Nicht zufällig fand auch das grosse NATO-Manöver Reforger 4 (10000 US-Soldaten wurden dabei nach Süddeutschland eingeflogen) zu einem Zeitpunkt statt, wo die Niederlage der USA in Vietnam und die erneute Dollarkrise sich ankündigten. Nicht zufällig "hat Nixon jetzt einen seiner wichtigsten Berater für Wirtschaftsfragen zum Nato-Botschafter der USA ernannt, der als der wichtigste diplomatische Posten der USA in Europa gilt." (Radio Tirana, 17. 1.).

Das Interesse Bonns am 'Bündnis' mit Washington ist gross. Das zeigt sich auch in der Währungsfrage.

In der Währungsfrage drückt sich aber auch aus, dass der westdeutsche Imperialismus zunehmend seinen eigenen Weg geht, gegen seine Konkurrenten: Den alten Weg abenteuerlicher Grossmachtspolitik!

SCHLÄCHTER TUZO JETZT IN WESTDEUTSCHLAND!

Der bisherige Oberbefehlshaber der britischen Kolonialarmee in Nordirland, General Sir Harry Tuzo, ist zum neuen Befehlshaber der britischen Rheinarmee in der Bundesrepublik ernannt worden. In einem Abschiedstagesbefehl lobte dieser Schlächter der irischen Volkes die britischen Einheiten in Nordirland für ihre treuen Dienste.

Täglich ist das irische Volk den brutalen Angriffen der imperialistischen Armee ausgesetzt. 323 getötete irische Zivilisten, das ist die Bilanz des britischen Besatzerregimes 1972. Erst vor zwei Wochen musste die britische Armee den Tod einer alten Frau 'tief bedauern', die englischen Kugeln zum Opfer gefallen war. Tage später wurde ein vierjähriges Kind erschossen. Vielleicht hielten es die Soldaten für ein verdächtiges Mitglied der IRA?! Das irische Volk weint nicht, es kämpft. Solange bis der letzte britische Soldat das Land verlassen hat. Irland den Iren!



BRITISCHE TRUPPEN RAUS AUS IRLAND!

AUSLÄNDISCHE TRUPPEN RAUS AUS WESTDEUTSCHLAND!

Sozialimperialisten helfen Zionisten

'Human und realistisch' nennt die sowjetische Presseagentur 'Novosty' die Massenaussiedlung sowjetischer Juden nach Israel. Nun, wir kennen den Standpunkt der sowjetischen Sozialimperialisten zum gerechten Kampf der arabischen Völker gegen den israelischen Imperialismus.

Die Sozialimperialisten haben kein Interesse am Sieg der arabischen Völker, sie nutzen den gegenwärtigen Zustand aus, um die arabischen Regierungen von sich abhängig zu machen, um sich Erdöl und andere Ressourcen einmal sichern zu können und die strategisch wichtige Position zur Beherrschung des Mittelmeerraumes auszubauen.

Darum ist ihre 'Unterstützung' für Ägypten und andere arabische Länder darauf gerichtet, in Absprache mit den US-Imperialisten das Gleichgewicht der Kräfte zu Israel zu erhalten. So liefern die Kremlzaren keine Angriffswaffen mehr, nur noch Abwehrwaffen. Auch das scheint ihnen schon zu viel zu sein. Darum entdeckten sie ihr Herz für die sowjetischen Juden, die nach Israel auswandern wollen, um den Kampf gegen die Palästinenser und die anderen arabischen Völker zu unterstützen. Allein im Januar dieses Jahres sind es 2700 sowjetische Juden, die nach Israel auswandern konnten, im letzten Jahr waren es insgesamt 30000, das heisst mehr als die Hälfte aller Einwanderer nach Israel.

"Solch eine 'humanitäre' Stellung zu den israelischen Eroberern einzunehmen", sagt die albanische Nachrichtenagentur ATA, "heisst offen gegen die Lebensinteressen der arabischen Nationen arbeiten." Die israelischen Zionisten jedenfalls sind äusserst dankbar für diese neuen Reserven, die ihnen die Kremlzaren damit für den Ausbau ihrer Aggressionsarmee zur Verfügung gestellt haben.

Letzten Endes wird die Politik der sowjetisch-israelischen Zusammenarbeit am Widerstand der arabischen Völker scheitern. Im August letzten Jahres wurden die sowjetischen Militärberater aus Ägypten ausgewiesen, in Kairo gab es grosse Demonstrationen gegen die Grossmachtspolitik der Sowjetunion. Arabische Zeitungen nennen die imperialistischen Ziele der sowjetischen 'Hilfe' beim Namen. Die arabischen Völker erkennen immer besser das wahre Gesicht der sowjetischen Sozialimperialisten.

Handelsblatt.

Sowjetisches Erz nach Israel

TEL AVIV, 8. Februar (Reuter). Auf dem Umweg über einen Stahlkonzern der Bundesrepublik wird Israel künftig jährlich bis zu 250 000 Tonnen Roheisen aus der Sowjetunion beziehen. Das Eisen ist ein Teil der Abgeltung für den Bau eines Stahlwerkes in der Sowjetunion durch das deutsche Stahlunternehmen Korff. Wie die gewerkschaftseigenen israelischen Stahlwerke „KOOR" mitgeteilt haben, wird Roheisen auf dem Seeweg von Odessa nach Israel gebracht. Durch die Lieferungen sei es dem KOOR-Werk nördlich von Haifa möglich, seine Stahlproduktion auf 200 000 Tonnen zu erhöhen. Die Sowjetunion hatte nach dem Sechstage-Krieg des Jahres 1967 seine diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Israel wie alle anderen Staaten des Ostblocks mit Ausnahme Rumäniens abgebrochen.

Wir danken allen Genossen für ihre Unterstützung!

26. 1.	Zelle in Essen	035,–
26. 1.	W.A., Kiel	013,50
30. 1.	W.K., Essen	010,–
31. 1.	F. aus Kassel	007,–
31. 1.	A.P.T. Roter Stern, Marburg	044,–
31. 1.	RG Kiel	090,50
31. 1.	Lübeck	010,–
31. 1.	Werft Hamburg	640,–
31. 1.	anonym	121,–
31. 1.	U. Chemie, Hamburg	600,–
31. 1.	Bochum	054,–
31. 1.	Dortmund	001,–
01. 2.	Sympathisanten aus Dortmund	022,–
05. 2.	H.J., Westberlin	020,–
05. 2.	Rote Garde Herford	200,–
05. 2.	Veranstaltung: 40 Jahre antifaschistischer Kampf, München	220,–
05. 2.	Genosse von MaK, Kiel	010,–
05. 2.	Spende eines Wirts in Lollar	040,–
	Zusammen:	2 138,–

Nachrichten

VR CHINA HAT BESTE FÜRSORGE!

Nach seiner Rückkehr aus der Volksrepublik China erklärte Prof. F. Kao (New York), dass China nach seiner Auffassung das wirksamste Gesundheitsfürsorgesystem der Welt habe. Die Leistungen der chinesischen Wissenschaftler auf dem Gebiet der Erforschung von Krebs, Herzkrankheiten, Bronchitis und des Schnupfens würden schon in den nächsten Jahren jedermann erstaunen. (WR 31. 1.)

HUNGERSTREIK IN DER DRITTEN WOCHE!

Im Westberliner Prozess gegen sechs mutmassliche Mitglieder der RAF hat die zuständige Staatsschutzkammer beschlossen, die Angeklagten Brigitte Asdonk, Monika Berberich und Ingrid Schubert auf ihre Verhandlungsfähigkeit untersuchen zu lassen. Die drei Frauen sind seit mehr als zwei Wochen im Hungerstreik. Sie protestieren damit gegen die unmenschlichen Haftbedingungen (s. RM Nr. 24/72 S. 9, 25/72 S. 9, 26/72 S.9). Im Hungerstreik befinden sich gegenwärtig ebenfalls Horst Mahler, Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof u.a. Ulrike Meinhof wird durch künstliche Nahrung am Leben gehalten.

Solidaritätsbriefe sind an die Haftanstalten zu richten. Spenden an das 'Solidaritätskomitee' oder 'Rote Hilfe Westberlin'. (Dort auch Adresse erhältlich)

9. Februar. Vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe sind mehrere Rechtsanwälte ebenfalls aus Protest gegen die Haftbedingungen für politische Gefangene in der Bundesrepublik und Westberlin in Hungerstreik getreten. Die Rechtsanwälte Jörg Lang, Klaus Croissant, Ulrich Cassel (alle Stuttgart), Eberhard Becker (Heidelberg), Demski (Ffm), Grönewald (Hamburg) demonstrierten in ihren Talaren und verteilten Flugblätter an die Bevölkerung.

VERFAHREN EINGESTELLT!

Das Ermittlungsverfahren der Münchner Staatsanwaltschaft gegen die Einsatzleitung der Münchner Polizei während der Geiselnahme arabischer Guerillas wurde eingestellt. Der sogar in der bürgerlichen Presse geäusserte Verdacht, die israelischen Geiseln wären von den Polizeischarfschützen erschossen worden, wurde dabei nicht untersucht.

Im Falle dre Erschiessung der Araber durch die Polizie habe es sich um "Notwehr in Form der Nothilfe" gehandelt. Das planmässige Massaker der Polizei habe sich "im Rahmen pflichtgemässen Ermessens gehalten".

NATO-ADMIRAL – NAZI- CHEF!

Der ehemalige Oberbefehlshaber der NATO-Seestreitkräfte im Mittelmeer, Admiral Birindelli, und der italienische Parlamentsabgeordnete Covelli sind zu Vorsitzenden der italienischen neofaschistischen Partei MSI gewählt worden.

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag G. Schubert

Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07. Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612.

Postscheckkonto: Hamburg Nr. 20 27 67 – 203 (Ernst Aust) (bleibt vorläufig). Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Druck: Würzburger Schnelldruck. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags; Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Fortsetzung von Seite 2

HOESCH-STREIK: Die Lehren aus dem Kampf

Vorstands, jetzt 5 Pfennig für alle zu zahlen.

Die Streikfront stand. Facharbeiter sagten: "Für mich springt dabei nichts raus, aber die anderen Kollegen können mit 850,--DM im Monat nicht Frau und Kinder über die Runden bringen." Der Hoeschstreik ist ein klarer Schlag gegen die Spaltungsversuche der Loderer und Co, die nach dem 11. 1. behaupteten, die 'besserbezahlten' Stahlarbeiter hätten gegen die 46 Pfennig gestimmt, weil bei linearer Lohnerhöhung nichts für sie rausspringt. Die grosse Solidarität der Arbeiter untereinander gegen Lohnraub und Streikstopp bewies das Gegenteil. Auch die Solidarität zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern bei Hoesch war noch nie so gross.

2 Die Solidarität der Arbeiter, das Vertrauen in ihre eigene Kraft war gewachsen. "Pfeifer (Betriebsratsbonze) muss weg! Die sollen sich bloss mal in die Halle wagen!" Und richtig – den ganzen Donnerstag trauten sich die Kapitalisten-Knechte nicht in die Nähe der Kollegen. Der Verrat vom 11. 1., als der mehrheitlich beschlossene Streik von der IGM-Führung abgewürgt worden war, war nicht vergessen.

Revisionistische Streikbrecher

Die grösstenteils aus dem V-Leute-Vorstand zusammengesetzte Streikleitung verhinderte zunächst, dass gegen die provokatorische Haltung des Vorstands höhere Forderungen als 14 Pfennig aufgestellt wurden (auf allen Demonstrationen und Versammlungen riefen viele Kollegen auch danach immer wieder '40 Pfennig'. Auch das ist ein Beweis, dass es den Arbeitern bei diesem Streik um mehr als die innerbetriebliche Angleichung ging). Die Streikleitung verhinderte nicht, dass der Transportverkehr zwischen den Werken weiterging. Streikposten wurden nicht aufgestellt. Die Liste der Hoeschkapitalisten, in die sich Arbeitswillige eintragen sollten, wurde nicht vernichtet. Und das war erst der Anfang des Verrats.

3. Die Besetzung des Verwaltungsgebäudes, die Demonstrationen, die Geschlossenheit der Hoesch-Arbeiter – da hatten die Loderer und Pfeifer nichts mehr zu melden. Deren Verrätergesicht war in der Tarifrunde deutlich genug geworden. Jetzt musste eine andere, noch nicht so abgewirtschaftete Mannschaft zum Abwiegeln antreten, die Revisionisten von der D'K'P und 'linken' SPD. In der Streikleitung, die sofort gebildet wurde, hatten sie das Heft in der Hand.

Aufbau der Gewerkschafts-opposition

"Jetzt fehlen Streikführer wie in den zwanziger Jahren, mit ihrer Erfahrung", das sagte ein Hoesch-Arbeiter zu Genossen Ernst Aust, dem Vorsitzenden der KPD/ML, der mit dabei in Dortmund war und die Agitationsarbeit der Dortmunder Genossen unterstützte. "Gewerkschaftsoppositionell sind hier viele, aber nicht organisiert", sagte der Kollege weiter.

4. Das Interesse an der organisierten, klassenkämpferischen, oppositionellen Gewerkschaftsarbeit ist bei den Kollegen gross. Das zeigte sich nicht nur in den Diskussionen, sondern auch an der Aufnahme des Flugblatts der organisierten Gewerkschaftsopposition, das Freitag morgens verteilt worden war. Der Zusammenschluss der oppositionellen Kollegen in der organisierten Gewerkschaftsopposition (GO) ist notwendig (was gerade der Verbotsantrag der Bonzen gegen die GO in Dortmund beweist); aber das reicht allein nicht aus. Ohne die Bekämpfung und Isolierung der revisionistischen Abwiegler kann die gewerkschaftsoppositionelle Bewegung nicht vorankommen. Das zeigt das Beispiel bei Hoesch.

Der Kampf verschärfte sich. Auf der Belegschaftsversammlung am Freitag wurde die breite Solidarität mit den Hoescharbeitern deutlich. Ein türkischer Kollege verlas im Namen der ausländischen Arbeiter eine Grussadresse. Delegierte von Klöckner in Bremen, von Rheinstahl, von Ford in Köln und von den seit 1 1/2 Wochen streikenden Velberter Arbeitern kamen angereist und sprachen auf der Versammlung. Lehrer einer Dortmunder Schule schickten eine Solidaritätsadresse, ebenso Studenten. Die Sympathie in der Bevölkerung mit dem Kampf gegen den Lohnraub war gross.

Bosse und Bonzen wurden nervös. Als eine Gruppe von Kollegen aus der Versammlung zum Werk Phönix ging, weil dort angeblich weitergearbeitet werden sollte, rief der Werkschutz von Phönix die Polizei: Die musste allerdings wieder abziehen. Die Kollegen waren im Werk untergetaucht.


Diskussion in der Belegschaftshalle bei Hoesch

Antikommunismus-Waffe der Verräter

Währenddessen gingen die Bonzen in der Versammlungshalle zum Angriff über. Sie hetzten gegen klassenkämpferische Kollegen. Sie setzten Ordnertrupps auf jene Kollegen an, die als Kommunisten bekannt sind. D'K'P-Leute wiesen mit dem Finger auf Kollegen, die sie für Kommunisten halten und forderten Rausschmiss. Ein Arbeiter, der sich dagegen empörte, wurde gleich mit rausgeschmissen.

Am Samstag morgen zogen nochmals tausende Hoescharbeiter in einer Demonstration durch Dortmund. Sie forderten dabei auch eine Belegschaftsversammlung aller Hoesch-Betriebe, um weitere Kampfmassnahmen zu beraten. Als ein Brief des Hoesch-Vorstandes vorgelesen wurde, in dem mit dem Aussetzen der Krankenversicherung gedroht wurde, war die Wut gross. "Jetzt erst recht!" Gerüchte von geplanten Aussperrungen konnten kaum einen Kollegen einschüchtern.

Die Kapitalistenknechte stiessen daher noch offener vor: wurden am Tag zuvor vor allem Kommunisten aus der Versammlung geworfen, wurden jetzt bei allen Kollegen Ausweiskontrollen durchgeführt. Das diente nicht zur nur Einschüchterung. Gleichzeitig wurden nämlich Kollegen, die aus anderen Betrieben in die Versammlung kamen, angeschnauzt, sie sollten doch in 'ihrem' Betrieb bleiben.

In der Streikleitung wurde der offene Verrat propagiert: Ein Kollege, der in einer Kneipe 50 DM zur Unterstützung gesammelt hatte, wurde mit den Worten abgewimmelt: "Wir brauchen keine Almosen!"

Wählt klassenkämpferische V-Leute! Nieder mit dem Revisionismus!

Am Samstag nachmittag kam ein entscheidender Schlag: Während die Bonzen scheinheilig für weiteren Streik redeten, hatten sich der V-Leute-Versammlung bei Union zusammengerufen. Diese beschloss Streikabbruch. Sofort redeten jetzt die Bonzen, dass damit 'eine günstige Verhandlungsbasis mit der Unternehmensleitung' gefunden sei. Aber sie trauten sich nicht einmal, dieses 'Ergebnis' den versammelten Kollegen zur Abstimmung zu stellen. Stattdessen wurde in allen Hoesch-Werken massiv das Gerücht verbreitet, woanders würden die Kollegen bereits arbeiten. Die Antwort der versammelten Kollegen: 'Wir glauben kein Wort! Gehen wir selber hin!' Da standen die Revisionisten auf und wiegelten in der übelsten Art ab. Ein D'K'P-Mann z.B.: "Ich war doch bei Union. Die haben mich 'Kommunistenschwein' angeschrien, als ich sie aufgefordert habe, weiterzumachen. Kollegen, ich bin doch kein Abwiegler, aber das hat einfach keinen Zweck mehr."

So arbeitet die D'K'P. Sie nutzt das Vertrauen der fortgeschrittensten Kollegen in die Kommunisten aus, um dahinter anti-kommunistische, arbeiterfeindliche Politik zu treiben.

Und wie sind die Revisionisten der D'K'P und 'linken' SPD in der V-Leute-Versammlung vorgegangen?

Da wurde der Streikabbruch mit Argumenten begründet wie: Die Flugblätter der IG Metall (gemeint war die Verräter-Führung) werden von den Kollegen in den Papierkorb geworfen. Die Flugblätter der ML-er (gemeint sind die KPD/ML und marxistisch-leninistische Organisationen) werden gelesen wie noch nie. Die Kollegen sagen schon zur KPD/ML: Die stehen wenigstens auf unserer Seite."

Bei einer solchen antikommunistischen Argumentation taten sich besodersn einige D'K'P-V-Leute hervor.

Eine wichtige Schlussfolgerung aus diesem Streik: Wählt klassnkämpferische Vertrauensleute! Weg mit den revisionistischen Streikbrechern!

Stärkt die KPD/ML!

Die Kapitalisten und ihre gekauften Knechte haben die Unsicherheit der kämpfenden Kollegen ausgenutzt. Mit Drohung und Betrug wurde die Kampffront gespalten. Die antikommunistische Hetze war ihnen dabei ein wichtiges Mittel.

Die Revisionisten der D'K'P haben ihre ganze Gefährlichkeit bewiesen. Nicht nur im V-Leutekörper, auch in ihren Flugblättern lenkten sie die Kollegen in die falsche Richtung.

Mitten im Kampf belebten sie 'Mitbestimmungs'-Illusionen (sie jammerten z.B. über den Aushang des Drohbriefs der Geschäftsleitung trotz Montan-'Mitbestimmung'!). Mit diesen Mitbestimmungs'-Illusionen an der kapitalistischen Macht sollte aber die Unversöhnlichkeit des Kampfes gegen die Kapitalistenherrschaft abgeschwächt werden.

Die grösste Angst der D'K'P-Revisionisten war, dass das Vertrauen der Hoesch-Arbeiter in die KPD/ML wächst, dass revisionistische Illusionen abgeschüttelt wurden und das revolutionäre Bewusstsein erwachte. Die Furcht der Revisionisten war begründet. Nicht nur ausserhalb, auch in den Versammlungen des Betriebes selbst wurde z.B. noch nie soviel über den Sozialismus, über die sozialistischen Länder China und Albanien diskutiert. Und immer wieder die Frage: Kann man eine Entwicklung wie in der SU verhindern?

Bei Redaktionsschluss war noch nicht sicher, ob Montag die Arbeit wiederaufgenommen wird. Aber fest steht, dass Hoesch ein Signal gegeben hat. Der Lohnraub wird nicht hingenommen. Lohnleitlinie und Streikstopp werden dieses Jahr sicher durchbrochen werden. Das Vertrauen der Arbeiterklasse in ihre eigene Kraft und in ihre kommunistische Vorhutpartei ist gewachsen und wächst weiter.

DIE LEHREN FÜR DIE PARTEI:

Der Streik ist nach Lenin eine Schule für den bewaffneten Aufstand der Arbeiterklasse. Die Aufnahmebereitschaft der Arbeiterklasse für den Marxismus-Leninismus ist gerade in solchen Zeiten des Kampfes Klasse gegen Klasse besonders gross. Immer wieder wurden allgemeine politische Fragen diskutiert. Die Betriebszeitung der KPD/ML bei Hoesch, 'Stählerne Faust', wurde am Donnerstag besonders intensiv gelesen, obwohl damals noch nichts vom Streik geschrieben stand. "Die kommen zwar noch nicht an alle Informationen aus dem Betrieb und der Gewerkschaft ran, aber die stehen wenigstens auf der richtigen Seite", sagten die Kollegen anerkennend. Das muss Ansporn sein, bei der weiteren Überwindung rechter und ökonomistischer Tendenzen in unserer Presse und gleichzeitig ein Aufruf zur besseren Untersuchungsarbeit

Die antikommunistische Rolle der Revisionisten und ihre gleichzeitige Rolle als Streikbrecher muss noch stärker hervorgehoben werden.

Die rasche organisatorische Unterstützung des Kampfes durch die Genossen fand bei den Kollegen Anerkennung. Auf diesem Weg weiter, Zentralisierung und Disziplin erhöht.

Jetzt muss bei Hoesch und darüber hinaus die Agitationsarbeit innerhalb der gewerkschaftsoppositionellen Bewegung verstärkt werden. Die Bedeutung des unversöhnlichen Klassenkampfes und der Organisierung der gewerkschaftsoppositionellen Bewegung wurde durch den Kampf vielen Kollegen klar.

Wir müssen verstärkt die persönliche Agitationsarbeit vorantreiben. Wir müssen vor allem die fortgeschrittensten Kollegen, jene, die jetzt erstmals wieder selbständig die Belegschaft in den Kampf führten, Schritt für Schritt gewinnen. Über diese Verankerung der Genossen im Betrieb wird auch den antikommunistischen Machenschaften der Bonzen ein Riegel vorgeschoben.



Erfolgreicher Kampf um Fahrgeldrückerstattung

Nürnberg, 7. 2. 73

Der Chef der Firma Elektro-Gebel weigerte sich hartnäckig, seinen Arbeitern die Strassenbahnfahrt zur Baustelle zu bezahlen. Die Arbeiter organisierten einen Streik besonderer Art.

Sie gingen nicht, wie vom Chef gewünscht, zur Baustelle, sondern trafen sich um 7 Uhr früh in der Werkstatt. Da forderten sie den Chef auf, das Strassenbahngeld zu bezahlen. Und zwar rückwirkend. Der Chef lehnte ab und drohte mit Rausschmiss.

Darauf zogen die Arbeiter ab, auf die Baustelle. Sie nahmen aber nicht die Strassenbahn; sie gingen zu Fuss, sogar bis Erlangen (20km). Auf der Baustelle angekommen, machten sie einen Sitzstreik. Darauf liefen sie wieder zurück in die Werkstatt. Der Chef weigerte sich noch immer und drohte weiter mit Rauswurf. Die Kollegen machten diesen Streik eine Woche lang. Dann hatten sie das Kapitalistenschwein in die Knie gezwungen: Er zahlte.

STREIT UM FETTE POSTEN!

Mitbestimmung - ein Betrug!

Der FDP-Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Riemer, hat zu einem Vorstoß gegen die 'paritätische Mitbestimmung' angesetzt. Riemer begründet das mit dem Hinweis auf Schwierigkeiten bei den Zechenstillegungen.

Das lassen sich die IG BE-Bonzen nicht vorwerfen, daß sie als 'betriebsfremde Arbeitnehmervertreter' in den Aufsichtsräten das Profitscheffeln erschweren würden. Sie sagen: "Tatsache sei, daß der mitbestimmte Aufsichtsrat der Ruhrkohle AG einstimmig das ursprünglich auf einen Zeitraum von fünf Jahren festgelegte Still egungsprogramm in nur zweieinhalb Jahren abgewickelt hat." (WAZ).

Und da will FDP-Riemer gegen die Mitbestimmung sein? Ihm geht es nur darum, dass die Gewerkschaftsbonzen nicht allzuviel vom grossen Kuchen miteinstreichen können. Das Gerangel um 'paritätische' oder 'drittelparitätische' Mitbestimmung ist ein Streit um den Anteil der DGB-Bonzen an der Ausbeutung der Arbeiter.

Für Mitbestimmung sind sie alle, die der Arbeiterklasse im Nacken sitzen.

Willy Brandt in seiner Regierungserklärung: "Den Ausbau der Mitbestimmung sehen wir als eine unserer Hauptaufgaben. Mitbestimmung gehört zur Substanz des Demokratisierungsprozesses unserer Gesellschaft. Mitbestimmung als Ordnungselement im Arbeitsleben, aber nicht nur dort – heisst natürlich auch Mitverantwortung tragen; beides gehört zusammen...."

'Ordnungselement im Arbeitsleben' ... 'Mitverantwortung tragen' ... – das heisst nichts anderes, als dass 'Ruhe und Ordnung' der Ausbeutung im Betrieb mit Mitbestimmungsillusionen aufrechterhalten werden sollen.
Gerade jetzt, wo sich der Kampf gegen Lohndiktat, Rationalisierung und Streikstopp bei steigenden Preisen weiter verschärft, gerade jetzt wird wieder gross von der 'Mitbestimmungsreform' geredet.

Die Arbeiter in der Montanindustrie können ein Lied von 'ihrer Mitbestimmung' singen. Nirgends wurde derart rationalisiert, der Lohn systematisch gedrückt, die Kumpel auf die Strasse geworfen, wie gerade im Montanbestimmten Bergbau. Gerade unter den Bergleuten sollte die 'Mitbestimmung' zur Niederhaltung des Kampfes dienen. Mit der 'Mitbestimmung' wird die altbekannte 'Sozialpartnerschaftsideologie' verbreitet: Wir sitzen doch alle in einem Boot.

Die Kapitalisten wissen, was sie an der 'Mitbestimmung' haben. Heinrich Dinkelmann, Leiter der Treuhandverwaltung der Ruhrkonzerne sagt das offen: "Ich habe diese Form der Beteiligung der Arbeiter gewählt, erstens, damit man ihnen sagen kann, dass es ihre Werke sind...und sie dieselben verteidigen müssen, und zweitens, weil dadurch die Möglichkeit besteht, die Arbeiter gegen die Sozialisierung in Bewegung zu bringen."

Das war 1951, als die Montanunion gegründet wurde. Damals, als am 25. März 85 000 Arbeiter in Wuppertal und 80 000 in Düsseldorf für die Enteignung der Kriegsverbrecherkonzerne entsprechend dem Potsdamer Abkommen streikten und demonstrierten.

Damals, als die Macht der Konzernherren noch auf schwachen Füssen stand, als eine Massenbewegung gegen das kapitalistische System bestand, wurde der Mitbestimmungsbetrug zur Rettung der Monopolherrschaft eingesetzt.

Jetzt soll die wachsende spontane Arbeiterbewegung wieder damit in die Irre geführt werden. Wie nach dem 2. Weltkrieg soll heute der wachsende Drang der Massen zum Sozialismus in die Sackgasse der Klassenversöhnung gelenkt werden.

Dabei springen die Revisionisten immer mehr für die unglaubwürdig gewordenen 'Mitbestimmungs'propagandisten aus der SPD- und DGB-Führung in die Bresche.

Die D'K'P zum Riemer-'Skandal': Hier bestätigt sich aber erneut, was die D K P bei der Vorlage ihres überarbeiteten Mitbestimmungskonzepts im Oktober vergangenen Jahres erklärte: Auch gesetzlich verankerte Mitbestimmungsrechte erfordern ständig aktive Belegschaften und starke Gewerkschaften, die die Interessen der Arbeiter und Angestellten wahrnehmen. Dabei nannte die D K P die Grundfrage, um die es bei der Mitbestimmung geht: Kampfaufgabe der Arbeiterklasse für die Zurückdrängung der Macht des Grosskapitals im Betrieb, im Unternehmen und in der Wirtschaft, für die Durchsetzung grösserer Rechte der Arbeiter und Angestellten, für die Verbesserung ihrer Kampfpositionen, um die Verwirklichung ihrer sozialen, politischen und gesellschaftlichen Ziele..." (UZ Nr. 6 9. 2. 73).

'Verbesserung von Kampfpositionen', Zurückdrängung der Macht der Monopole, und beides nicht nur durch Gesetzerlasse, sondern auch durch Klassenkampf – das klingt schon besser als Brandts 'Ordnungselement'.

Sicher, kein Arbeiter würde ja auch einem 'Kommunisten' folgen, der sich für Massenentlassungen und Lohnraub auf die Brust schlägt. Bereitwillig geben die Revisionisten darum auch "Entgleisungen" bei der Handhabung der Mitbestimmung zu. Und "radikal" gehen sie noch einen Schritt weiter. Nicht nur Ausweitung der Mitbestimmung ist ihre Forderung, sondern Enteignung der Monopole nach dem Paragrafen 14 des Grundgesetztes.

Enteignung forderten sie zum Beispiel für die Ruhrkohle AG, für alle Betriebe, wo Massenentlassungen drohen.

Das aber zeigt klar, dass die D'K'P-Führer heute die gleichen Töne anschlagen, wie die Reformisten nach dem Krieg: Wo revolutionärer Klassenkampf gegen die Kapitalisten notwendig ist, predigen sie den Kuhhandel. Wo Zusammenschluss der Massen in klassenkämpferischen Organisationen wie der GO, Mieterräten, Soldatenräten u.ä. notwendig, predigen sie die Einheit mit Bossen, Bonzen und Verrätern wie im DGB. Wo Erziehung zum revolutionären Sturz des westdeutschen Imperialismus notwendig ist, predigen sie die "demokratische Reform" des Grundgesetzes. Eine solche Politik aber hat mit Marxismus-Leninismus nichts mehr zu tun. Die D'K'P-Führer unterscheiden sich in nichts von den Kaisersozialisten der II. Internationale.

Wir werden kämpfen wir werden siegen!

Am 31. 1. warfen 140 Akkordarbeiter der Firma Hülsbeck und Fürst die Brocken hin (RM Nr. 5). Um die Belegschaft zu spalten hatte die Geschäftsleitung sich die 140 Akkordlöhner der Akkordgruppe 3-6 herausgegriffen und diesen nicht die vollen 8,5% bewilligt, sondern nur 6%.

Aber sie hatten sich verrechnet. Am Donnerstag letzter Woche stellten 40 deutsche und ausländische Arbeiterinnen eine ultimative Forderung: "Entweder Bezahlung der 8,5% für die Akkordler, oder wir streiken auch." Die Geschäftsleitung lehnte ab. Die 40 Arbeiterinnen der Lohngruppe 1 streiken aus Solidarität mit.

Obwohl die Arbeiter lediglich für die Durchsetzung der Tarifabschlüsse im Betrieb kämpften, lehnte der Vorstand der IG Metall eine Unterstützung des Streiks ab. Die Velberter Arbeiter liessen sich dadurch nicht einschüchtern. **Sie fanden breite Unterstützung, Kollegen aus anderen Betrieben, sogar in Berlin (KWU und AEG) und die Studenten der Bochumer Ruhruniversität sammelten für die Streikenden. Bis jetzt sind 13000 DM zusammengekommen.**

Die Bonzen der IGM versuchten weiter vergeblich, den Streik zum Abbruch zu bringen. Am Dienstag sollte eine grössere Demonstration der Velberter Arbeiter zusammen mit Bochumer Studenten durchgeführt werden. Der ASTA der Universität Bochum rief am Mittwoch bei der IG-Metall an und erfuhr, dass gar keine Demonstration stattfinde, man habe in Velbert schon die "Fühler ausgestreckt, um Verhandlungen mit der Betriebsleitung zu führen."

In Wahrheit hatten die Streikenden nach wie vor beschlossen, die Demonstration durchzuführen. Als einer der IGM-Bonzen dann auf einer Streikversammlung zum Schluss seiner aalglatten Rede den Arbeitern auch noch empfahl, die Arbeit wieder aufzunehmen, platzte den Streikenden der Kragen. "Raus" war die einstimmige Antwort.

Am Mittwoch wurde dann erneut eine Demonstration, diesmal mit Unterstützung der Studenten, durchgeführt. Am Freitag wurde zum fünften Mal demonstriert. Die Streikfront wurde dabei immer grösser. Die Demonstration begann immer bei Schichtanfang oder Ende vor dem Werkstor. Die noch arbeitenden Kollegen wurden aufgefordert, sich einzureihen. Jeder neue Kollege, der sich dem Streik anschloss, wurde stürmisch beklatscht. **"Wir werden kämpfen, wir werden siegen, die Firma Hülsbeck wird unterliegen".** das war der Kampfruf der Velberter Arbeiter. Anschliessend zogen sie mit Transparenten durch Velbert zum Versammlungslokal. **"8,5% für alle", "volle Bezahlung der Streiktage", "Deutsche und ausländische Arbeiter eine Kampffront", "Für das Bündnis von Arbeitern und fortschrittlichen Schülern und Studenten!"** Die Velberter Arbeiter sind entschlossen, bis zum Sieg weiterzukämpfen. Das letzte Verhandlungsergebnis von 7,5% haben sie ausgeschlagen.

KLASSE GEGEN KLASSE



Postler demonstrieren unter roten Fahnen

In München demonstrierten 1 000 Postler gegen das unverschämte Angebot der Bundespost von 15 Mark plus 6%. "Genscher heisst er – uns bescheisst er!" "Alle Postler sind empört, das Angebot ist unerhört!" waren einige ihrer Parolen Viele Kollegen trugen rote Fahnen mit. (Sehr zum Ärger der Gewerkschaftsbonzen, die zu dieser Demonstration aufgerufen hatten.)

Streik auf der Kremer Werft

Die 330 Werftarbeiter der Kremer Werft in Elmshorn und Glückstadt traten Ende Januar in einen mehrtägigen Streik. Ihr Kampf richtete sich gegen die Kürzung des Stundenlohns um 20Pf und den Abbau einer Auslösung für den weiten Anfahrweg der Glückstädter Arbeiter.

25 Pfennig mehr Zulage und keinen Pfennig weniger!
Streiks auf der Klöckner-Hütte Bremen.

Am 29. und 30. Januar fanden auf der Klöckner-Hütte Bremen Kurzstreiks statt. Am 31. legten die Arbeiter aller Abteilungen für einige Stunden die Arbeit nieder und marschierten ins Warmwalzwerk, um über ihre Lohnforderungen zu beraten. Die Arbeiter forderten 25 Pfennig mehr, weil klar war, dass die grosse Tarifkommission doch auf der Lohnleitlinie von 8,5% abschliessen würde.

Während des Streiks hingen an den schwarzen Brettern Zeitungsausschnitte vom erfolgreichen Kampf der Hoesch-Arbeiter in Barop und Hamm um ausserbetriebliche Zulagen. Das war ein Beispiel dafür, dass die Metall- und Stahlarbeiter solidarisch im Kampf um ihre Lohnforderungen gegen Kapital und Bonzen stehen.

D'K'P-Führer Vernholz verliert V-Leutewahlen.

Die V-Leutewahlen, die jetzt in den Betrieben laufen, zeigen, die Kollegen haben die Erfahrungen aus der Lohnrunde nicht vergessen. Die Verräter bekommen jetzt ihre Quittung. So auch D'K'P-Vernholz, Betriebsrat bei Hoesch in Dortmund. All seine 'linken' Phrasen haben nichts genutzt. Die Kollegen haben wohl gesehen, wie er während der Lohnrunde abgewiegelt hat – und haben ihn darum als V-Mann nicht wiedergewählt. In anderen Abteilungen stösst die Taktik von Kapitalisten und Bonzen, ihre Kandidaten in Überrumpelungsmanövern durchzusetzen, auf den Widerstand der Kollegen. Die Schlosser beim Hoesch-Werk verlangten eine Verschiebung des Wahltermins, um vernünftig über ihren neuen V-Mann diskutieren zu können.

Revisionistisches

"Kommunisten verteidigen Grundgesetz"

Unter diesem Titel kündigt die D'K'P in ihrer Zeitung UZ die Einrichtung einer Kommission an, die Vorschläge für eine Erweiterung des Grundgesetzes machen soll. Dies sei notwendig geworden, da auch die CDU/CSU eine derartige Kommission gebildet habe.

So sieht also der Kampf der D'K'P gegen den Faschismus aus. Während die Kapitalistenvertreter im Bonner Parlament in trauter Eintracht ein Notstandsgesetz nach dem anderen durchpeitschen, Polizeisondertruppen, Armee und Bundesgrenzschutz Bürgerkriegsübungen abhalten, macht die D'K'P Gegenvorschläge zur CDU-Grundgesetzkommission. Einen besseren 'Verfassungsschützer' als die D'K'P kann sich die Bourgeoisie gar nicht denken.

Die deutsche Arbeiterklasse wird eines Tages das Grundgesetz mitsamt seinen verschiedenen Verteidigern dahin schmeissen, wo es hingehört, auf den Misthaufen der Geschichte.

Sex auf revisionistisch

Die neue Bourgeoisie in der DDR gewährt seinen 'Bürgern' eine neue Freiheit, die 'sexuelle Freizügigkeit'. "Sex ist gesund, wenn man dabei nicht auf Schnellgang schaltet, Sex ist wenns kribbelt", schreibt DDR-Kolle in der Frauen-Illustrierten 'Für Dich'. Mit dem Sex-Rummel soll wie bei uns das Volk von der Politik, vom Klassenkampf abgehalten werden.

Sex-Magazine und 'freizügige' Filme werden in letzter Zeit häufiger. Die neue Bourgeoisie hat auch hier von ihren westlichen Verwandten gelernt, dass sich mit Sex und Pornographie ganz enorme Geschäfte machen lassen. Ganz harte Pornos sind noch nicht drin. "Den schmutzigen Einflüssen pornografischer Machwerke des westdeutschen Imperialismus halten wir in der Aktfotographie humanistische und sittlich geprägte Fotos entgegen." (Aus dem Begleittext zu Aktfotos des 'VEB' Fotokina). Das Beispiel Polens zeigt, dass es auch bald 'sittlich und humanistisch geprägte' Pornographie in der DDR geben wird.

Stimme erheben!

Mit der Aufforderung: 'Stoppt die Rheinbahn-Fahrpreise' wendet sich die D'K'P-Stadtteilzeitung 'Roter Reporter' an die Bevölkerung von Wülfrath: "Gegen diese Pläne müssen wir alle unsere Stimme erheben. Die Mitgliederversammlung der D'K'P hat dem Rheinbahn-Vorstand bereits einen gepfefferten Brief geschrieben... Doch alleine kann die D'K'P die Rheinbahn-Pläne nicht verhindern. Da müssen viele protestieren. Ja, auch du! Schreib noch heute eine Karte oder einen Brief an: Vorstand der Rheinbahn, 4 Düsseldorf, Hansaallee 1."

Kommentar: Wir schlagen hiermit dem Vorstand der D'K'P vor, an den Vorstand des Arbeitgeberverbandes einen 'gepfefferten' Brief zu schreiben, damit endlich einmal der Kapitalismus gestoppt wird.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION

Aus einem Wolf wird kein Lamm

Nixon und Thieu brechen ständig das Vietnam-Abkommen.

36 Mal redete Nixon in seiner Regierungserklärung von Frieden. Die wenigen Tage seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens zeigen aber, daß die USA-Thieu-Clique auch weiterhin nichts im Sinn hat als Unruhe zu stiften.

Seit Inkrafttreten des Waffenstillstandsabkommens sind nach Meldungen des Saigoner Oberkommandos fast 10 000 Menschen umgekommen. Gleichzeitig gab ein Regierungssprecher bekannt, dass mehr als 20 000 Gefangene aus der FNL nicht mehr in die freien Gebiete zurückwollen. Das ist natürlich die reine Lüge. Thieu geht es nur darum, die Forderung des Waffenstillstandsabkommens nach Freizügigkeit zu untergraben. Es soll verhindert werden, dass die Befreiungskämpfer in ihre Heimatdörfer zurückkehren.

Die USA-Thieu-Clique, die im Waffenstillstandsabkommen auch freie politische Betätigung für jeden unterschrieben hat, beschränkt sich nicht auf das Morden in ihren Gebieten. Über 400 Freiheitskämpfer sind allein bei den Gefechten zwischen Pleiku und Kontum gefallen. Gefechte, über die sogar die Süddeutsche Zeitung schreibt, dass es dabei um die Zurückeroberung schon befreiter Gebiete geht. **Und Thieu droht schon wieder mit Luftwaffeneinsätzen der US-Imperialisten.** (Süddeutsche Zeitung, 10.2.)

Gleichzeitig unternehmen die US-Aggressoren und die Thieu-Clique alles, um die Arbeit der Militärischen Kontrollkommission zu behindern, denken sie nicht daran, den Vertretern der Demokratischen Republik Nordvietnams die diplomatischen Rechte zuzugestehen, die sie im Abkommen unterschrieben haben. 22 Stunden lang wurden die nordvietnamesischen Delegierten für die Militärkommission auf dem Luftwaffenstützpunkt Than Son Nhut mit Kontrollen schikaniert. Für kurze Zeit wurde sogar das Gebäude der Hanoier Delegierten mit Panzern umstellt, weil sie sich weigerten, die nordvietnamesische Flagge wieder einzuziehen.

Kein Wunder, dass bei diesen Zuständen in Südvietnam in Zukunft nur noch besonders überprüfte ausländische Journalisten einreisen und dort arbeiten dürfen. Mit dem gleichen Mittel versuchte Hitler die Millionenmorde in den deutschen KZs vor den Augen der Weltöffentlichkeit zu verbergen.

Aber diese Massnahme ist vergeblich. Wenn die Vertreter der USA-Thieu-Clique auf der Indochina-Konferenz am 26. 2. erscheinen werden, dann für jeden offensichtlich mit Händen, an denen das Blut ihrer letzten Opfer noch nicht getrocknet ist. **Die USA und ihre Komplizen beweisen gegenwärtig, dass sie ständig das Waffenstillstandsabkommen untergraben und es zu brechen bereit sind. Die Völker der Welt erwarten aber von dem Pariser Indochina-Abkommen eine dauerhafte, wirkliche Friedenslösung.**

Für die unterdrückten Völker, für die Menschen in der ganzen Welt, wurde in den letzten Wochen wieder deutlich: einen reissenden Wolf kann man nicht in ein friedliches Lamm verwandeln; der US-Imperialismus und seine Komplizen können nur mit der Waffe in der Hand vollständig aus Vietnam und ganz Indochina vertrieben werden.

Unterstützen wir weiter den gerechten Kampf des vietnamesischen Volkes!

Vietnamdemonstrant mußte freigesprochen werden!

Im RM Nr. 3 kündigten wir den Prozess gegen einen Teilnehmer der Frankfurter Vietnamdemonstration vom 9. Mai 1972 an. Damals wurde von den Demonstranten aus Empörung über die Verminung der nordvietnamesischen Häfen bei verschiedenen US-Konzernen die Fensterscheiben eingeworfen. Die Polizei hatte diesen Genossen herausgegriffen, weil er bereits öfters als Demonstrant mit der 'Staatsgewalt' zusammengestossen war. In einer Kampfdemonstration gegen die Nazis von der NPD wurde er damals durch den Leibwächter Thaddens mit einem Pistolenschuss lebensgefährlich verletzt.

So gerne ihn die Klassenjustiz jetzt wieder hinter Gitter gesetzt hätte (Der Genosse war schon einmal zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden) – die Richter mussten ihn freisprechen. Sie konnten ihm nicht nachweisen, Steine geworfen zu haben.

Der Genosse sagte in seiner Rede vor Gericht zu der Anklage: "Wenn bei dieser und anderen Demonstrationen hier in Frankfurt einige Fensterscheiben zu Bruch gingen, wenn Steine gegen amerikanische Einrichtungen geworfen werden, kann ich dazu nur sagen, dass von den US-Imperialisten in Vietnam ganz andere Dinge geworfen werden, nämlich Bomben; und deren Wirkung sollte gerade dem deutschen Volk noch in Erinnerung sein. Vor 25 Jahren lag in dieser Stadt kein Stein mehr auf dem anderen, gerade als Folge eines imperialistischen Krieges. Kann man das vergessen?

Die deutsche Polizei erweist sich in diesem Zusammenhang als ein williges Werkzeug des Imperialismus: sie prügelt wahllos auf Demonstranten ein und nimmt genauso wahllos Beteiligte und Unbeteiligte fest, um die antiimperialistische Bewegung einzuschüchtern.

Dem geschriebenen Gesetz nach bin ich unschuldig; ich habe keine Steine auf das IBM-Gebäude geworfen und auch den Polizeibeamten bei meiner Festnahme keinen Widerstand geleistet. **Aber ich solidarisiere mich mit dem heroischen Kampf des vietnamesischen Volkes und aller Völker der Welt gegen ihren Hauptfeind, den US-Imperialismus. Ich gestehe, dass ich jederzeit eintreten werde für die Unterdrückten und Ausgebeuteten, für die Opfer und Feinde des Imperialismus. Dafür mögen sie mich – aus gutem Grund – verurteilen."**

Sie haben es sich nicht getraut. Die Klassenjustiz hat Angst vor der mächtigen Vietnambewegung unseres Landes.

IMPERIALISMUS '73

Über Leichen zum Profit



Was die nordamerikanischen Staaten und Europa angeht, so gilt, daß sie weiterhin gemeinsame Sicherheitsinteressen haben

BRASILIANISCHER KOMMUNIST ERMORDET

Vor kurzem wurden vier Führer der KP do Brasil* in Rio de Janeiro und Sao Paolo ermordet. Zwischen dem 2. und 24. Dezember 1972 wurden Lincoln Oest, 65 Jahre alt, Mitglied des ZK der KP do Brasil, und Lincoln Bicalhorouqe (vor dem Staatsstreich von 64 ein bekannter Studentenführer aus Guanabara) in Rio de Janeiro verhaftet und ermordet. Am 28. Dezember wurde in Sao Paolo Carlos Danielli, früher ein Führer der kommunistischen Jugend und Mitglied des ZK der KP do Brasil, nachdem er bestialisch gefoltert worden war, von der Polizei ermordet.

Mit Carlos Danielli wurde auch eine weitere Person, Alex genannt, zusammen mit seiner Frau verhaftet. Ausserdem verschwand bereits am 12. November im Gefängnis von Sao Paolo ein anderer bekannter kommunistischer Führer: Jose Duarte.

Das ZK der kommunistischen Partei do Brasil veröffentlichte eine Erklärung, in der es diese Morde scharf verurteilt und das Volk aufruft, sich im Kampf gegen die blutige Diktatur noch enger zusammenzuschliessen. Die Erklärung weist auf die Notwendigkeit hin, die revolutionäre Entschlossenheit zu stärken und ruft zur internationalen Solidarität auf, um der Welle von Morden an Kommunisten und Revolutionären in Brasilien Einhalt zu gebieten.

* Hier handelt es sich um die marxistisch-leninistische Partei Brasiliens, die die Revisionisten aus ihren Reihen entfernt hat.

POLIZEI MORDET IN ITALIEN

Am 27. Januar wurde der 21-jährige Student Roberto Francechi von Polizeibanditen in Mailand erschossen. Die Polizei hatte eine Versammlung von tausenden von Studenten der Universität 'Bocconi', an der seit 5 Jahren immer wieder Kämpfe stattfinden, überfallen. Sie feuerte Schüsse in die Menge. Roberto Franceschi wurde niedergeschossen.

In allen Schulen und Universitäten der Regionen Mailand und Turin fanden Streiks, Demonstrationen, Strassenkämpfe statt. In den Betrieben wurden Protestresolutionen verabschiedet und Streiks durchgeführt.

Innenminister Rumor erklärte in Rom, "der Gewalt zuvorzukommen, ihr zu begegnen und sie zu bekämpfen", womit er natürlich die revolutionäre Gewalt des Volkes gegen die herrschende Gewalt meinte. **Dem schloss sich die 'K'PI (revisionistische Partei Italiens) mit Hetzartikeln in der 'L-Unita' gegen die 'Linksextremisten' an. Der Mailänder Abgeordnete Giorgio Napolitano rief die Studenten im Namen der 'K'PI auf, die 'Abenteurer' zu isolieren. Demokratische Rechte, so sagte Napolitano, seien für alle da und nicht nur für kleine organisierte Gruppen. Den Mord der Polizei entschuldigten die Revisionisten, indem sie verschiedene 'Hypothesen' über den Vorgang aufstellten: Sie beginnt mit der Übernahme des Polizeiberichts, dass die Studenten 'mit Steinen und Brandflaschen bewaffnet' gewesen seien. Die 'L'Unita' fährt fort: Vermutlich habe 'ein Polizeibeamter den Kopf verloren'. Und schliesslich als letzte 'Hypothese': "Die Hypothese des Provokateurs ist nicht auszuschliessen ... nach den Enthüllungen in den vorangegangenen Prozessen gegen die Anarchisten Valpreda usw."**

Regierung, Polizei und Revisionisten Italiens schlagen immer heftiger gegen die revolutionäre Studentenbewegung los. 15000 Arbeiter und Studenten demonstrierten am 31. Januar in Santa Rita, einem Arbeiterviertel Turins. Immer wieder wurde gerufen: "Fiat hat die Polizei beauftragt und bezahlt." Der Kampf geht weiter.

Politischer Mord in Paris



Sok Kim Huot: Ermordet von Hintermännern der Lon Nol-Clique

Der Rote Morgen erhielt folgende Traueranzeige:

"Die Mission der Königlichen Regierung der Nationalen Union Kambodschas in Frankreich.

Herr und Frau Phlek Chhayan, geborene SOK KIM KHEAM, müssen Ihnen mit Trauer bekanntgeben den Tod ihres Landsmannes, Schwager und Bruder,

Herrn Sok Kim Huot

Student von 24 Jahren, Mitglied der Vereinigten Nationalen Front von Kampuchea, Stipendiat der Königlichen Regierung der Nationalen Union Kambodschas, ermordet im 'Maison de Cambodge' (Universität von Paris) durch die Handlanger der Verräterclique in Pnomh Penh am 8. Januar 1973.

... **Mission der G.R.U.N.C.**
2 Place de Barcelone 75016 Paris"

Die französischen Imperialisten versuchen, ihre Eisen in Kambodscha in beiden Feuern zu halten. Zum einen haben sie der G.R.U.N.C., der einzigen rechtmässigen Regierung Kambodschas, die bereits den allergrösseren Teil des Landes befreit hat, eine Mission in Paris zugebilligt. Zum anderen wird die Marionettenregierung der USA in Pnomh Penh, Lon Nol-Matak, immer noch von Frankreich anerkannt. Aber mehr noch: 1971 übergab Pompidou der Lon Nol-Matak-Clique einen langfristigen Kredit von 125 Millionen Francs... Kein Wunder, wird doch zum Beispiel der französische Erdölkonzern ELF ERAP immer aktiver bei seiner Erdölsuche in Kambodscha..

Es ist also auch kein Wunder, dass das 'Maison de Cambodge' auf der Pariser Universität von einem Mann namens Essaro angeleitet wird. Dieser Essaro ist kein anderer als der Bruder von Sirik Matak in Pnomh Penh. Essaro arbeitet bestens mit der französischen Polizei zusammen. So denunzierte er am 7. Januar 27 kambodschanische Studenten, die mit der FUNK (kambodschanische Befreiungsbewegung) sympathisieren. Die französische Polizei verhaftete sie. Nach ihrer Freilassung wurden diese Studenten von Essaros hauseigener Sturmtruppe, Lon Nol-hörigen Faschisten, überfallen. Dabei wurde der patriotische Student Sok Kim Huot ermordet.

Dieser Fall zeigt wieder einmal, dass der Befreiungskampf der Völker direkte Unterstützung auch in den imperialistischen Hochburgen bei uns braucht. Die Hintermänner der Thieu- und Lon Nol-Cliquen in Paris und Bonn müssen gezwungen werden, die Botschaften und Agentenzentralen dieser USA-Marionetten dicht zu machen. Kämpfen wir für die Anerkennung der rechtmässigen Regierung Kambodschas, G.R.U.N.C. und der provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams!

Verstärkt die Arbeit in der antimilitaristischen Bewegung!

Die Rote Garde bereitet gegenwärtig ihren Bundeskongress vor. Dieses grosse Ereignis für unsere Kommunistische Jugendorganisation wird begleitet von einer intensiven Diskussion über Aufgaben und Statut der Roten Garde.
Ein wesentlicher Kampfabschnitt der Roten Garde ist der antimilitaristische Kampf.

Die Linie unserer Partei ist klar. Sie unterstützt den spontanen Kampf der Soldaten in der Bundeswehr und antimilitaristischer Kräfte in anderen Organisationen und fördert ihre Organisierung in antimilitaristischen Komitees. Unter der Losung: 'Krieg dem imperialistischen Krieg!' und 'Im Ernstfall: Die Gewehre umgedreht!' tritt sie allen Versuchen der bürgerlichen Propaganda, vor allem der Revisionisten, entgegen, den antimilitaristischen Kampf in ein pazifistisches Fahrwasser zu zerren. *

Wir begrüssen daher besonders die erfolgreiche Arbeit der Roten Garde in solchen Massenorganisationen wie dem Verband der Kriegsdienstverweigerer, in denen die Revisionisten grossen schädlichen Einfluss gewonnen haben. Die Verankerung der Roten Garde in den Massen der fortschrittlichen Jugend ist ein wichtiger Wegweiser in der Diskussion zur Vorbereitung des Bundeskongresses, zur Festlegung der Kampfaufgaben und der ideologischen Härtung der Roten Garde.

Es ist selbstverständlich, dass für die Partei und die Rote Garde die antimilitaristische Arbeit in der Bundeswehr selbst vorrangig ist. Auch wenn die Kriegsdienstverweigerung in den letzten Jahren stark angestiegen ist, dürfen wir keinen Moment übersehen, dass die grosse Mehrheit der jungen Proletarier und anderen Werktätigen in die Bundeswehr gehen, während der Prozentsatz der Intellektuellen unter den Kriegsdienstverweigerern besonders hoch ist.

Die revolutionäre antimilitaristische Bewegung ist im Wachsen begriffen, die pazifistische, revisionistische Linie ist auf dem Rückzug. Die Jugend erkennt in breitem Masse, dass die unterjochten Völker nicht die Waffen aus der Hand legen dürfen, sondern dass Freiheit und Friede nur durch den entschlossenen Volkskrieg und die Errichtung der bewaffneten Volksmacht errungen werden können. Illusionen über den 'friedlichen' Charakter des westdeutschen Imperialismus fallen unter den Knüppelschlägen der Polizei, unter dem Eindruck der grossen Anstrengungen der westdeutschen Imperialisten, die Militarisierung in unserem Land in allen Bereichen voranzutreiben. Trotz noch vorhandener Illusionen über eine 'Tendenz zu Frieden und Entspannung in Europa' und einer angeblich 'friedlichen Ostpolitik' Bonns gewinnt die antimilitaristische Bewegung immer schneller Massencharakter. Entsprechend verstärken sich die verzweifelten Versuche der Bourgeoisie und ihrer revisionistischen Agenten, diese Bewegung zu spalten, die Jugendlichen auf einen individualistischen Standpunkt des Pazifismus zu zerren. Die Massenbewegung gegen den Imperialismus und Militarismus kann daher nur im Kampf gegen die Machenschaften der D'K'P und 'linken SPD' vorangetrieben werden.

Die KPD/ML und ihre Jugendorganisation kämpfen auch entschieden für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung, ohne dabei unsere Ansicht zu verschweigen, dass durch individuelle Kriegsdienstverweigerung imperialistische Kriege nicht verhindert werden können. Die Militaristen wollen das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aushöhlen und abschaffen. Der Kampf gegen diese Versuche muss dabei ebenfalls unter revolutionärer Zielrichtung geführt werden. Wir werden in Zukunft noch weniger den Revisionisten jene Jugendlichen überlassen, die heute noch nicht auf revolutionären Positionen stehen. Wir werden diesen Jugendlichen in der Überzeugungsarbeit und mit der praktischen Tat beweisen, dass wir Kommunisten auch den Kampf um die Verteidigung der demokratischen Rechte im Unterschied zu den Revisionisten entschlossen führen. In diesem Kampf werden wir die bürgerlichen Fesseln der Kriegsdienstverweigerung sprengen und die Jugendlichen im Geiste der gewaltsamen proletarischen Revolution erziehen.

* Wir lassen uns auch durch die Klassenjustiz davon nicht abhalten, die wegen dieser revolutionären Parolen den Vorsitzenden unserer Partei und andere Genossen unter Anklage des Verfassungsverrats bzw. der Zersetzung der Bundeswehr stellt.

VORWÄRTS MIT DER ROTEN GARDE!

Gute Zusammenarbeit mit VK-Mitgliedern

BERICHT DER ROTEN GARDE BOCHUM

Den ersten Kontakt zu Mitgliedern des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer (VK) bekamen wir bei der Demonstration gegen den imperialistischen Krieg in München. Der gemeinsame Kampf gegen die Genscher-Polizei war die Grundlage einer guten Zusammenarbeit mit einer Reihe von Antimilitaristen aus dem VK Bochum.

Die VK-Mitglieder hatten in München zum ersten Mal einen militanten Kampf für ihr Ziel, die Verhinderung neuer Kriege, erlebt. Diese Erfahrung und die wütende Reaktion der Revisionisten im VK auf die Teilnehme der Ortsgruppe Bochum an dieser Demonstration weckten das Interesse einiger VK-Mitglieder an den politischen Zielen der Roten Garde. Vertreter der Roten Garde wurden eingeladen, auf einer Versammlung der Kriegsdienstverweigerer ihre Meinung zum antimilitaristischen Kampf darzulegen.

Hier zeigte sich, dass vielen VK-lern noch nicht klar war, warum die revisionistischen Teile im VK über die Münchner Demonstration so in Wut gerieten, dass sie den Vorstand der Ortsgruppe ausschliessen wollten. Sie fanden, es gäbe ja auch noch viele Gemeinsamkeiten. Es gelang uns aber in der Diskussion und bei weiteren gemeinsamen Aktionen klarzumachen, dass die Frage der revolutionären Gewalt tatsächlich eine grundlegende Frage ist. Die Massen können ihre Interessen nur durchsetzen, wenn sie der Gewalt der herrschenden Klasse ihre revolutionäre entgegensetzen. Das erfuhren die VK-ler auch noch einmal deutlich beim Kampf gegen die Faschisten in Dortmund. Die Polizisten, die hier brutal auf die Antifaschisten einprügelten, machten den Kriegsdienstverweigeren das noch einmal handgreiflich klar.

Aus dieser neu gewonnenen Klarheit über den Weg des antimilitaristischen Kampfes wollten einige VK-ler jetzt die Konsequenz ziehen, aus dem VK mit seinem revisionistischen Programm auszutreten. Wir sprachen dagegen. Genau wie bei der Bourgeoisie darf auch bei den Revisionisten im VK nicht zurückgewichen werden. Es gilt, die Mitglieder des VK für ein neues Programm, für den revolutionären Kampf gegen den imperialistischen Krieg zu gewinnen. Dazu muss die breite Diskussion über diese Fragen in der Organisation entfacht werden, muss gleichzeitig in der praktischen Arbeit ein Beispiel gegeben werden.

Die VK-ler haben daraufhin ein Flugblatt gegen den geplanten Besuch eines Werbeoffiziers in einer Schule herausgebracht, sie organisieren in einer Schulung rund 30 Jugendliche zu Diskussionen über den antimilitaristischen Kampf, sie haben Kontakte zu Ersatzdienstleistenden aufgenommen. Jungarbeiter und Schüler werden hier für den revolutionären antimilitaristischen Kampf organisiert, die von der Roten Garde nicht direkt erfasst werden könnten. Auf der anderen Seite zeigt die Tatsache, dass wir jetzt regelmässig rund 10 Rote Morgen an die VK-ler verkaufen können und die gute Zusammenarbeit bei gemeinsamen Aktionen, dass eine solche Massenarbeit auch der richtige Weg zur Stärkung der Roten Garde, der Jugendorganisation der KPD/ML ist.

Nieder mit den Revisionisten im VK!

Im August 1972 riefen verschiedene Organisationen in Nordrhein-Westfalen zur Demonstration zum 'Roten Antikriegstag 1972' in München auf. Dieser Aufruf wurde auch von der Gruppe Bochum des 'Verbandes der Kriegsdienstverweigerer' (VK) unterzeichnet und an andere VK-Gruppen weitergegeben.

Die revisionistischen und pazifistischen Kräfte im VK reagierten prompt: Der Ausschluss des Vorstandes der Gruppe Bochum wurde beantragt:

"... Wir fordern daher den Bundesvorstand auf, die Mitglieder des Vorstandes Bochum mit sofortiger Wirkung auszuschließen, da die Gefahr besteht, daß in der Zukunft weitere Aktionsbündnisse unter Verletzung des Grundsatzes des gewaltlosen Kampfes eingegangen werden. Diese militanten Parolen widersprechen dem Grundsatz des Paragraph 3: 'Hoch der Kampf der indochinesischen Völker!' und 'Sieg im Volkskrieg!' " (Vorstand des VK Hamburg, 5. 9. 72).

Viele VK-ler waren empört. Sollten sie in Zukunft etwa rufen: 'Nieder mit dem Kampf der indochinesischen Völker'? Vom VK Bochum wurde die Kluft, die hier zwischen den Pazifisten und vielen Mitgliedern deutlich wurde, in einem Rundschreiben an alle VK-Gruppen so bestimmt:

"1. Dass es revolutionäre und reaktionäre Gewalt gibt und nicht Gewalt allgemein...

2. Dass revolutionäre Gewalt nicht einfach kaputtschlagen ist... sondern die Wahrnehmung der legitimen Lebensinteressen der Arbeiterklasse und anderer Teile des Volkes von der ersten schwachen Aktion bis zur völligen Beseitigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung...
Deshalb fordern wir: Weg mit dem Paragraphen 3!

Bewahrt den Kampfruf der Pariser Kommune von 1871:

Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müssiggang!"

Auf der Grundlage dieses Rundbriefes wurden Kontakte zu anderen VK-Gruppen aufgenommen und ein gemeinsamer Weg im Kampf gegen Militarismus und Imperialismus beraten.

Diese Klärung der Fronten im Verband der Kriegsdienstverweigerer im letzten Winter haben schon vor einigen Jahren ihren Ausgang genommen. War der VK in den ersten Jahren (1958 bis 1965) eine politische Sekte, kam mit Beginn der Krise 66/67 die Kriegsdienstverweigerung sozusagen in Mode. (1965 – 3 437 Anträge auf Kriegsdienstverweigerung; 1972 rund 33 000). Die Zahl der Anträge unter den Soldaten stieg von 272 im Jahre 1965 auf 3 805 im Jahre 1971.

Die Entwicklung des Klassenkampfes ging natürlich auch an den Kriegsdienstverweigerern nicht vorbei. Die Kämpfe gegen die Notstandsgesetze, der Aufschwung des Kampfs der Arbeiterklasse und die 2. Juni-Bewegung führten im VK zu einem harten Kampf zwischen Pazifisten und revolutionären Antimilitaristen. 1969 wählte die Mehrheit des Bundeskongresses einen Vorstand, der sich zur Zersetzung der Armee und zur revolutionären Gewalt bekannte. Die Pazifistenhäuptlinge, politisch geschlagen, riefen die Klassenjustiz um Hilfe an. Das Landgericht Stuttgart löste den gewählten Vorstand auf. Begründung: Weil der Vorstand für die Gewalt ist, verstösst er gegen den Zweck des VK.

Der Ausschlussantrag gegen den Vorstand der Gruppe Bochum und seine Begründung sind eine Fortsetzung dieses konterrevolutionären Kurses im Interesse der Militaristen. Die von vielen VK-Mitgliedern beklagte Isolierung, die Wirkungslosigkeit des Verbandes, auch nur eine einzige Massnahme der Militaristen zu durchkreuzen, seine Abgeschiedenheit von der antiimperialistischen Bewegung: Das alles ist das Ergebnis der VK-Führer und ihrer politischen Linie. Die sich formierende Opposition ist Ausdruck des berechtigten und ehrlichen Wunsches vieler VK-Mitglieder und unorganisierter Kriegsdienstverweigerer, wirkungsvolle Massnahmen zur Bekämpfung des Militarismus und zur Unterstützung der um ihre Befreiung kämpfenden Völker zu ergreifen.

Die Genossen der Partei und der Roten Garde müssen diesem Wunsch Rechnung tragen. Zweierlei ist dazu notwendig:

1. Es muss unter der Jugend viel stärker als bisher der Kampf gegen die Illusionen der Kriegsdienstverweigerung, gegen die Ablehnung jeglicher Gewalt, gegen die 'Vaterlandsverteidigung' geführt werden. Der Pazifismus als politische Strömung muss einer prinzipiellen Kritik unterzogen werden. Dabei müssen die modernen Revisionisten als Verfechter des Pazifismus und Chauvinismus entlarvt werden.

2. Während wir die Kriegsdienstverweigerung als politische Strömung bekämpfen, müssen wir uns mit den Kriegsdienstverweigerern zusammenschliessen und die Jugendlichen überzeugen. Das sollte vor allem dadurch geschehen, dass wir bei der Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen und Aktionen gegen Militarismus und Imperialismus immer auch uns bekannte KDV-ler, einzelne VK-Mitglieder oder auch ganze VK-Gruppen einladen, sich an diesen Aktionen zu beteigen.
Andererseits sollten wir ihnen helfen, auch selber solche Aktionen durchzuführen. An Hand der in diesen Kämpfen gewonnenen Erfahrungen müssen wir durch geduldige Überzeugungsarbeit die Kriegsdienstverweigerer für den konsequenten Kampf gegen Militarismus und Imperialismus gewinnen, sie in antimilitaristischen Komitees und die Aktivsten in der Roten Garde organisieren.

Den Kampf der Ersatzdienstler unterstützen!

Die Selbstorganisation der Ersatzdienstleistenden bittet den Roten Morgen in einem Brief, den ökonomischen und politischen Kampf der Ersatzdienstler zu unterstützen. Wir drucken den Brief, den wir an die Rote Garde weitergeleitet haben, hier auszugsweise ab.

"Werte Genossen,

Genauso wie die Organisierung der Soldaten schreitet die Organisierung der Ersatzdienstler voran. Die Selbstorganisation der Ersatzdienstleistenden hat als gewerkschaftliche Organisation der EDL bundesweit die Forderung nach 500 DM Sold im Monat (Existenzminimum) für Ersatzdienstleistenden, Soldaten und Lehrlinge aufgestellt...Diese Forderung können wir aber nur im breiten Bündnis gerade mit den Soldaten und Lehrlingen und anderen Teilen der werktätigen Massen durchsetzen.

Genossen, allein als EDL, sind wir kaum dazu in der Lage, unsere Soldforderungen durchzusetzen. Nur im Bündnis mit der Arbeiterklasse und ihren Organisationen wird uns die Erkämpfung dieser Forderungen und weiterer Forderungen gelingen...

Unterstützt den Kampf der EDL!

5,50 DM pro Tag!

Langfristig: **500 DM im Monat für Ersatzdienstleistende und Soldaten!**
Gegen sämtliche Versuche, den Ersatzdienst in einen neuen Arbeitsdienst zu verwandeln!

LESERBRIEFE

ADRESSE DER RM-REDAKTION: G. Schubert
43 Essen 14
Postfach 36 07

Wir bitten unsere Leser, ihre Adresse oder – falls sie besser eine bekannte Adresse benutzen – diese anzugeben.
Leserbriefe mit fehlender Adresse können wir nicht beantworten.

Liebe Genossen!

Als eifriger und konsequenter Leser des Roten Morgen habe ich an dem sonst sehr guten Roten Morgen einige Kritik zu äussern.

1. Im RM 3/73 schreibt ihr über die "Kopfsteuer" der Bundeswehr. Ich meine, es ist zwar richtig, was da steht, aber es steht da zu kurz. Ich glaube, ein Aussenstehender, kein Marxist-Leninist, könnte aus solch einem kurzen und wirklich nicht sehr tief gehenden Artikel kaum sehr viel lernen, geschweige denn von den wahren Kriegsplänen der BRD-Regierung überzeugt werden.

Das ist mir in den 3 Nummern dieses Jahres schon mehrfach aufgefallen, dass die Artikel zu kurz sind. Ich glaube, ihr solltet ein vernünftiges Mittelmass zwischen über-trieben langen Artikeln, wie man sie oftmals in intellektuellen Spalterblättchen vorfindet und solch zu kurzen Beiträgen finden. Diese Kritik habe ich übrigens schon öfter gehört...

RM: Wir halten diese Kritik für berechtigt. In der Durchführung der Beschlüsse des ZK (s.RM Nr. 26/72 S.2) werden hier gegenwärtig Veränderungen eingeleitet. Der Kampf zur besseren Verankerung von Partei und Zentralorgan in der Arbeiterklasse darf nicht zu einer Senkung des theoretischen Niveaus, sondern muss zu einer Erhöhung führen.

Liebe Genossen,

Ich arbeite hier in Kiel und kann von daher ganz gut einschätzen, wie die Berichte aus Kiel sind – und das geht allen anderen Interessierten und Sympathisanten udn Mitgliedern ja auch so. Und danach beurteilt man dann ja auch die Artikel über andere Städte, Kämpfe usw. Nun gut, zur Sache: Die Artikel sind häufig inhaltlich falsch. Z.B. stand im RM Nr. 3, in dem Artikel "Beim Kennedy-Haus klirrt's" über die Kieler Vietnamdemonstration, dass die Hauptmasse der Demonstranten KPD/ML-Genossen seien. Das ist falsch...

Oder im letzten RM Nr.4 zu der Sache mit der Polizeiuniversität. Ich habe mit vielen Studenten darüber geredet und alle – auch die KSB/ML – sagten, dass das so gar nicht war mit Hattenaueres Rede. Die Zitate hat er gar nicht gebracht...

Oder in Bonn demonstreirten 15 000 (so stand es im RM Nr. 2/73 S. 5) Die bürgerliche Presse hatte bestimmt das Bestreben, die Demonstration 'klein zu halten' und sprach selbst von 20 000, ja sogar von 25 000...

RM: Im Bericht von der Universität Kiel im RM Nr. 4/73 sind uns einige Tatsachen durcheinandergeraten. Die minutenlangen Sprechchöre waren Ergebnis einer Abstimmung unter den Studenten und das Zitat von Hattenbauer wurde von diesen nicht vorgetragen, sondern erschien nur in der lokalen Zeitung am nächsten Tag, war also nicht der "Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte." Im Artikel entsteht der falsche Eindruck, als ob die Frage des KSBML im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stand. Nach unseren Informationen trifft der Vorwurf in Falle des Artikels "Im Kennedy-Haus .." auch zu. Wir haben diese Fehler diskutiert. Zum einen sind Mängel in der lokalen Berichterstattung der Korrespondenzen festzustellen: Formulierungen, Ungenauigkeiten in der Information. Das ist aber nicht das wesentlichste. Wir haben auch festgestellt, dass wir von der Redaktion in einigen Fällen ungenaue Fakten 'interpretiert' haben; und das geht daneben. Das wesentlichste an diesen Fehlern ist jedoch, dass vielen von uns noch nicht klar ist: **Revolutionärer Schwung ist eine Sache. Das Festhalten an der exakten Tatsachendarstellung eine andere. Beides darf nicht in Widerspruch geraten. Das geschieht aber, wenn der Optimismus in über die revolutionäre Entwicklung (die richtig ist im Unterschied zur revisionistischen Schwarzmalerei) dazu führt, Tatsachen zu übertreiben.**

Gleichzeitig müssen wir klar sehen, dass die Hauptkampflinie der Kritik gegen die rechtsopportunistische Auffassung von der 'Haupttendenz Reaktion' verläuft. Eine solche Auffassung versteht unter 'objektiver' Berichterstattung, dass 'gleichberechtigt' nebeneinander die positiven und negativen Seiten einer Sache stehen sollen. Das gibt es aber nicht. Als Marxisten heben wir das wachsende, das positive, die Haupttendenz heraus, auch wenn es momentan noch so schwach ausgebildet ist. (s. dazu RM Nr. 20/72 S. 11 – Antwort auf die Kritiken über die Berichterstattung zum Antikriegstag). Mit diesem Hinweis wollen wir nicht unterstellen, dass die uns kritisierenden Genossen eine solche rechte Auffassung vertreten. Wir begrüssen die Kritik voll und ganz.

Im Falle der falschen Teilnehmerzahl bei der Bonner Vietnamdemonstration handelt es sich allerdings um einen Druckfehler. Auf Seite 1 im gleichen RM, wird die richtige Zahl, 25 000, angegeben.

Die eingegangenen Kritiken zur Berichterstattung über die Vietnambewegung und die Rolle der Partei werden wir zusammenfassend in einem längeren Artikel behandeln. Leider konnte er in diesem RM noch nicht abgedruckt werden.

Kampf gegen politische Verfolgung!

Bielefeld:

Wir berichteten bereits im Roten Morgen Nr. 2/73 S. 7 vom Polizeiterror in Bielefeld: Rotgardisten, die Flugblätter vor den Betrieben verteilen, werden aufgeschrieben, fotografiert, ihre Taschen durchwühlt. Widerrechtliche Hausdurchsuchungen bei 2 sympathisierenden Jugendlichen (wir schrieben fälschlich: Rotgardisten), einem Schüler und einem Lehrling. Ein Lehrling, Jugendvertreter im Betrieb, wird von der Betriebsleitung sofort beurlaubt.

Als Anlass für die verschärfte Verfolgung der Bielefelder Marxisten-Leninisten und klassenkämpferischen Jugendlichen dient der missglückte chemische Versuch eines Schülers. Dieser naturwissenschaftlich interessierte Schüler, der seit Jahren bereits Experimente macht, wird von der Polizei willkürlich zu einem 'Bombenbauer' und anschliessend zu einem Mitglied der Roten Garde gedichtet.

"Knallkörper oder Bombe", so fragt prompt mit grosser Überschrift das Westfalenblatt, die Lokalzeitung. Selbstredend übernehmen die bürgerlichen Schreiberlinge den Polizeibericht: "Ob es sich wirklich bei dem tragischen Unglücksfall um ein harmloses Experiment handelt, oder ob ein Sprengkörper für die Arbeit der Organisation (') produziert werden sollte, bleibt weiteren Ermittlungen vorbehalten."

Unter dem Deckmantel dieser 'Ermittlungen' wird die Verfolgung der Marxisten-Leninisten und anderer fortschrittlicher Kräfte in Bielefeld vorangetrieben. Wer letztlich Auftraggeber der 'Staatsschützer' ist, zeigt der Einsatz der Polizei: Regelmässig erscheinen Streifenwagen vor den Toren der Mannesmann-Werke in Brackwede und bei Rheinstahl. Die Flugblattverteiler der Roten Garde werden notiert und wiederum fotographiert. Der Werkschutz bei Kammrich Mannesmann wird um 6 Mann verstärkt.

Kurz darauf erscheint gleichzeitig, um 7 Uhr in der Frühe, bei den Wohnungen von 5 Genossen und Sympathisanten der Roten Garde die Politische Polizei. Sie kommen zu dritt. Sie zeigen einen Hausdurchsuchungsbefehl: Wegen Verdacht des Vergehens entsprechend Paragraph 129 – 'Verdacht auf Unterstützung einer kriminellen Vereinigung'!!!!

Nach welchen kriminellen Tatwaffen suchten die Bullen? – Vor allem nach Flugblättern und Material über die Organisation der Roten Garde und der KPD/ML. Die Polizeiaktion war sichtlich von langer Hand vorbereitet. Beim Durchwühlen der Wohnungen sagten die Herren von der 'Politischen': "Nein, danke, das Flugblatt haben wir schon, bitte ein Exemplar von diesem."

Der höfliche Ton herrschte (vorläufig) auch im Polizeipräsidium, im Politischen Kommissariat K 14. Der Oberbulle meint: Er sei doch ein alter SPD-ler, habe von der Pike an gedient. Auch viele in der Polizei seien mit diesem System nicht zufrieden. Er zeigt hinter sich: Die gesammelten Bände Stalins, die gesammelten Ausgaben des Roten Morgen... "Bringen Sie doch mal einige ihrer Genossen mit, wir können dann politisch diskutieren..." (!!)

Solche 'neuartigen' Methoden nutzen wenig. Die Staatsschützer griffen daher zu den 'bewährten alten'. Sie dringen in die Wohnung einer Genossin ein, entdecken einige Batterien und meinen: 'Aha, wohl sozialistisch erworben?' (Vermutlich, weil man Bomben nicht mit gekauften, sondern nur mit geklauten Batterien baut??!!).

Aber die Sache ist alles andere als komisch. Hier sollen Kommunisten und fortschrittliche Menschen mit solchen 'Indizien' hinter Gitter gebracht werden: Hier soll die Rote Garde, die kommunistische Massenorganisation der Jugend, als 'kriminelle Vereinigung' verboten werden!

Flugblattverteiler werden zum Polizeipräsidium gezwungen und dort 'erkennungsdienstlich' behandelt: Photo, Fingerabdrücke. Die Presse bringt Hetzartikel gegen Kommunisten. Klassenkämpferische Jugendvertreter sollen aus den Betrieben geschmissen werden. Der Werkschutz der Kapitalisten wird verstärkt usw. usf.

Aber die Flugblätter werden weiter verteilt. Gerade jetzt. Die Rote Garde Bielefeld hat eine Kampagne gegen die zunehmende Verfolgung aufgenommen. 2 Flugblätter zu den Vorfällen wurden bereits vor den Betrieben und in der Stadt verteilt. Informationsstände rufen die Bevölkerung zur Solidarität auf. Kontakte mit fortschrittlichen Organisationen und Kräften werden geknüpft. Der Schlag der Staatsgewalt wird mit einem Gegenschlag beantwortet.

Antifaschistische Woche in Bayern

Am Freitag, den 2. Februar hatte die Partei in München zu einer Veranstaltung aufgerufen. 40 Jahre Machtergreifung der Faschisten in Deutschland – der Schoss ist noch fruchtbar, aus dem das kroch! Das zeigte die Veranstaltung auf. Sie setzte dem revisionistischen Gerede von der "Rettung der bürgerlichen Demokratie" das revolutionäre Programm der Partei entgegen.

Unsere Agitproptruppe 'Sturmtrupp Roter Morgen' eröffnete die Veranstaltung mit einem Stück aus den 20-iger Jahren. Es zeigte die Lage der Arbeiterklasse in der Weimarer 'Demokratie', Elend, Hunger, Arbeitslosigkeit, Einkerkerung: 7000 politische Gefangene unter einer SPD-Regierung (1026). 'Freiheit für alle politischen Gefangenen' hiess auch das selbstgeschriebene Lied der Agitproptruppe, gerichtet gegen die heutigen Nachfolger der Weimarer Klassenjustiz.

In einer Rede und einem Lichtbildervortrag wurden die Parallelen zwischen der Entwicklung der Weimarer und der Bonner Politik gezeigt. Die zunehmende Faschisierung damals und heute ist kein Zufall. Immer wenn der herrschenden Klasse der Boden zu brenzlig wird, lässt sie ihren 'demokratischen Schleier fallen und errichtet – langsam oder auf einen Schlag – ihre offene faschistische Herrschaft. Heute, wie in Weimar, bereitet die Bourgeoisie den Bürgerkrieg vor: Notstands- und Wehrgesetze, Bundesgrenzschutz- und Polizeiaufrüstung, Ausländergesetz und Betriebsverfassungsgesetz... Gegen diese zunehmende Knebelung der Arbeiterklasse muss heute schon der Kampf organisiert werden. **Der Redner zeigte dabei auf: Der Kampf gegen den Abbau der demokratischen Rechte reicht nicht aus. Der wachsenden Faschisierung muss der Kampf für die sozialistische Revolution entgegengesetzt werden.**
Das Ende der Ausbeuterherrschaft bedeutet das Ende von Faschismus und Krieg.

Die Veranstaltung rief bei den Versammelten grosse revolutionäre Begeisterung hervor. 300 DM Spenden für den Roten Morgen wurden gesammelt.

1. ANTIKRIEGSTAG-PROZESS AM 27. FEBRUAR

Am 27. Februar findet in München der erste Antikriegstagprozess statt. Über ein Dutzend Prozesse werden in München abrollen. Angeklagt sind Teilnehmer an den Demonstrationen gegen die Polizei- und Notstandsolympiade, wegen Landesfriedensbruch und Hochverrat.

Damals hatten 6 000 Menschen gegen Krieg und Terror der Imperialisten protestiert und die Friedensheuchelei der westdeutschen Imperialisten entlarvt. Strasse frei für die kommunistische Partei, mit diesem Ruf stürmten die Demonstranten die zur Bannmeile erklärte Fussgängerzone am Karlstor.

Bei den schweren Auseinandersetzungen mit der knüppelnden Polizei wurden 22 festgenommen und 11 in Untersuchungshaft gesteckt. Gegen den Veranstalter der Demonstration wird heute noch ermittelt wegen Paragraf 129: Unterstützung einer kriminellen Vereinigung.

Die Klassenjustiz versucht nun die Angeklagten durch gesonderte Verfahren zu vereinzeln. So wird Genosse Schmidt vor die grosse Strafkammer im Münchner Landeshaus gezerrt, da "eine Freiheitsstrafe nicht unter 2 Jahren zu erwarten ist." Genosse Baron soll von der kleinen Strafkammer im Amtsgericht München abgeurteilt werden. Er ist wegen Widerstands bei der Festnahme und Landesfriedensbruch angeklagt.

Die Vereinzelungstaktik der Klassenjustiz wird nichts fruchten. Hinter den angeklagten Genossen steht eine geschlossene Front revolutionärer und fortschrittlicher Menschen. In vielen Städten haben sich Solidaritätskomitees mit den politisch Verfolgten und Rote-Hilfe-Gruppen gebildet. Wir werden mit ihrer Hilfe die Antikriegsprozesse zu einem Bumerang für die Bourgeoisie machen.

SOWJETREVISIONISTEN ZUM ROTEN ANTIKRIEGSTAG

Während der Aktionen zum Roten Antikriegstag in München tat sich die D'K'P in München dabei hervor, mit Schlägern gegen die Demonstranten vorzugehen und zum 'Progrom' gegen die 'Maoisten' aufzurufen. Wie weit bereits ihre revisionistischen Vorbeter in Moskau die antikommunistische Hetzpropaganda beherrschen, zeigt folgende Übersetzung der sowjetischen illustrierten Wochenschrift 'OGONJOK' Nr. 38 vom 16. September 1972:

"Die Antisowjetler, die sich in den ersten Tagen der Olympischen Spiele noch zurückgehalten hatten, liessen sich ihrem Ende zu gehen und gingen zu aktiver Tätigkeit über.

In diesen Tagen fand noch ein Ereignis statt, das die Zeitungen mit folgenden Schlagzeilen dokumentierten: 'Blutiges Wochenende in München!', 'Rote Terroristen', '58 Polizisten erhielten Verletzungen'.

Was ist in München geschehen?
Am Freitag, den 1. September, fand eine Demonstration gegen die amerikanische Aggression in Vietnam statt. Sie endete friedlich; aber am anderen Tag begannen in der nach Ausdruck des Jornalisten der 'Welt am Sonntag' idyllischen Fussgängerzone, 200 Demonstranten aus einer extremistischen Jugendgruppe mit Hilfe von angereisten Verstärkungen aus Westberlin, Hannover und Heidelberg mit Plakaten, **auf denen mit offen provokatorischem Ziel prokommunistische Losungen ausgenutzt wurden, Kinder und Frauen zu prügeln. Die Demonstranten waren mit grossen Stöcken und Gummiknüppeln** (mit Blei? – unklare Übersetzung, RM) **bewaffnet.** In der Nacht von Samstag auf Sonntag hielt, **nach Version der Springer-Ausgaben** die Polizei einen Autobus an, der aus Westberlin kam, und entdeckte einen Aktionsplan dieser Demonstranten. **Ungeachtet dessen, dass die Polizisten unter den Uniformen Panzer (= Kugelwesten? – RM) anhatten, erhielten während der Schlägerei ungefähr 60 Polizisten verschiedene Verletzungen.**

Einer der Polizisten, der für die Zeitung ein Interview gab, **nannte** diesen ganzen Samstag eine 'antiolympische Demonstration' und deckte dadurch in geistiger Einfalt den echten Sinn dieser Demonstration auf, die von sogenannten 'linken Kräften' organisiert worden war, **auf deren Jacken maoistische Embleme prangten.**

Die extremistischen provokatorischen Auftritte wurden von jenen organisiert, **denen die Erfolge der Olympiade, die echte Freundschaft der Sportler aus fünf Kontinenten und die Erfolge der Sportler der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten zuwider waren.**

Der Innenminister Bayern, Merk, und der Polizeipräsident Münchens, Schreiber, erklärten, dass sie bereit seien, jeder beliebigen Störung zu begegnen und von vorneherein Versuche des Angriffs auf die öffentliche Ordnung während der Zeit der Spiele zu unterdrücken.

Diese Erklärung wurde am Montag abgegeben, **aber** bereits am Dienstag fanden die Ereignisse statt, die in ihrer Tragik alles Vorhergegangene übertrafen."

KEIN KOMMENTAR

"NEUES ALBANIEN" in deutscher Sprache erschienen!

Die Illustrierte "Neues Albanien" erscheint seit Nr. 5/1972 jetzt auch in deutscher Sprache. Wir freuen uns ausserordentlich darüber, dass diese Zeitschrift, deren englische Ausgabe bei uns schon ein relativ grosses Publikum hatte, nun noch mehr revolutionären und fortschrittlichen Menschen unseres Volkes zugänglich gemacht wird. Unser Dank gilt der albanischen Regierung, der Partei der Arbeit Albaniens und allen Mitarbeitern der Illustrierten.



Das sozialistische Leben in allen Bereichen der albanischen Gesellschaft, der stürmische Aufbau der albanischen Industrie und einer modernen Landwirtschaft wird in lebendigen Berichten mit vielen farbigen Abbildungen und schwarz-weiss Fotos geschildert. Neue Werke und neue Produktionsweisen werden dem Leser vorgestellt. Was verdienen die albanischen Arbeiter, wie hoch sind die Lohnunterschiede zu leitenden Angestellten? Welche Stellung hat die albanische Frau in Betrieb und Gesellschaft? Wie steht es mit Kindergärten, wie sieht es auf den Schulen und Universitäten aus? Auf all diese Fragen wird konkret geantwortet, melden sich albanische Arbeiter, Bauern, Frauen und Studenten selbst zu Wort und berichten über Erfolge und Schwierigkeiten.

Erst 1912 wurde die albanische Unabhängigkeit proklamiert, für die das albanische Volk 20 Jahrhunderte lang gegen fremde Eroberer gekämpft hatte. Später überfielen die italienischen Faschisten und dann die Hitlerarmee das Land. **Im heroischen Partisanenkrieg verjagte das albanische Volk unter Führung seiner Kommunistischen Partei die faschistischen Besatzer. Partei und Volk gingen mutig daran, im rückständigsten Land Europas den Sozialismus aufzubauen.**

"Die Siege, die wir errungen haben, schreibt 'Neues Albanien' (Nr. 5/72) in dem Artikel 'Sechzig Jahre Albanische Selbständigkeit' sind gross. Das Albanien des Holzpflugs, der Öllampe und des Analphabetentums musste dem Albanien der Vollelektrifizierung und der kostenlosen ärztlichen Betreuung weichen, dem Land, wo jetzt jeder dritte Einwohner eine Schule besucht, wo die Landwirtschaft vollkollektiviert und weitgehend mechanisiert ist, wo man demnächst das eigene Eisen verarbeiten und Stahl erzeugen wird, wo man in nächster Zukunft eines der größten Wasserkraftwerke des Balkans in Betrieb setzen wird. Diese und viele andere Siege lassen unser Volk den 60. Jahrestag der Selbstandigkeit stolz und mit klarem Blick in die Zukunft begehen."

Die Erfolge Albaniens beim Aufbau des Sozialismus sind leuchtende Beispiele für die Kraft der Arbeiterklasse und seiner Verbündeten, sind schlagende Argumente gegen die 'Unmöglichkeit des Sozialismus', und ein leuchtendes Kontrastbild gegen die zum Kapitalismus entarteten revisionistischen Länder des Warschauer Pakts. Darum versucht die bürgerliche Presse Albanien totzuschweigen, hetzt die D'K'P gegen das sozialistische Albanien. Es ist unsere Aufgabe, das Beispiel Albaniens unter der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen zu propagieren. Die Illustrierte 'Neues Albanien' ist dafür ein ausgezeichnetes Mittel. Werben wir Abonnenten, verkaufen wir sie im Betrieb, auf dem Dorf im Stadtteil und an der Universität.

– Anzeige –

Die Zeitschrift 'Neues Albanien' erscheint ab Nr. 5 in deutscher Sprache. Jährlicher Bezugspreis 12,--DM. Erscheinungsweise zweimonatlich. (einschliesslich Porto).
Bestellungen an: Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49
Die erste Nummer kann in ca. 4 Wochen ausgeliefert werden. Wir bitten um Vorauszahlung des Abonnementspreises auf unser
Postscheckkonto: Hamburg 19 35 72–207
Die Zeitschrift kann auch direkt in Albanien bestellt werden:
**'Drejtoria Quendrore e Përhapjes dhe Propagandimit të Librit'
Bulevardi 'Konferenca e Pezës'
Tirana
Albanien**
Der Bezugspreis beträgt bei Bestellung in Albanien 2,80 US-Dollar.

ES LEBE ALBANIEN, DER LEUCHTTURM DES SOZIALISMUS IN EUROPA!
ES LEBE DIE PARTEI DER ARBEIT ALBANIENS MIT ENVER HOXHA AN DER SPITZE!

"Revolutionäre Grüsse"

Radio Tiranas zum 4. Jahrestag unserer Partei

Am 6. Januar sendete Radio Tirana zu Ehren des 4. Jahrestages der Gründung der KPD/ML die Sendung "Revolutionäre Grüsse an die KPD/ML".

Radio Tirana schildert das Entstehen und die Entwicklung unserer Partei im Kampf gegen den modernen Revisionismus und Opportunismus aller Schattierungen.

Radio Tirana bestätigt an der Entwicklung des Klassenkampfes in unserem Land die Richtigkeit unserer Linie, "Haupttendenz ist Revolution gilt auch für Westdeutschland", und würdigt besonders die Erfolge des 2. Parteitages der KPD/ML:

"Dieser Parteitag stellte die Weichen für weitere Erfolge der Arbeiterbewegung in Westdeutschland und Westberlin. Die neuen Erfolge, die seit diesem Parteitag erzielt wurden, der Aufschwung der betrieblichen Arbeit, die wachsende Verbindung mit den werktätigen Massen die Tatsache, dass immer mehr aufrechte, revolutionäre Menschen sich der KPD/ML anschliessen, all das bestätigt die Bedeutung dieses Parteitages.

Die albanischen Kommunisten und das albanische Volk verfolgen mit Sympathie den Kampf und die Erfolge der KPD/ML und ihres Zentralorgans Roter Morgen. Zu diesem bezeichnenden Tag, anlässlich des 4. Jahrestages ihrer Gründung übermitteln sie ihre revolutionären Grüsse. Sie wünschen ihr weitere Erfolge im schwierigen aber ruhmvollen Kampf für die gesellschaftliche Befreiung vom Joch der Ausbeutung und Unterdrückung. Für die nationale Einheit! Für ein freies, unabhängiges, sozialistisches Deutschland! Ein Deutschland der Diktatur des Proletariats!

Möge das kommende Jahr ein Jahr der wachsenden Einheit der Marxisten-Leninisten in der KPD/ML sein, einer Einheit, gewachsen im Kampf und festgefügt auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus!"

Im Namen aller Genossen der KPD/ML danken wir Radio Tirana für seine anspornenden Grüsse und Glückwünsche zu unserem 4. Jahrestag. Wir werden alles in unseren Kräften stehende tun, um die Einheit der Marxisten-Leninisten in der KPD/ML einen grossen Schritt voranzubringen. Wir hoffen, dass auch die aufrechten Marxisten-Leninisten ausserhalb unserer Partei sich den Wunsch Radio Tiranas, der auch unser Wunsch ist, zu Herzen nehmen.

Der Wortlaut der Gruss-Sendung ist beim Vertrieb des Roten Morgen erhältlich:
87 Würzburg, Postfach 612

Kontaktadresse:

Nürnberger Genossen im Kampf gegen den Terror der Pfiffer-Bande

Der Peter ist ein altes Nürnberger Arbeiterviertel. Dort wohnen eine ganze Reihe unserer Genossen, dort gewinnt die Partei von Tag zu Tag mehr Freunde. Im Peter findet jeden Dienstag unser Arbeiterstammtisch statt.

Im Peter wohnt aber auch Pfiffer, ein Zuhälter, ein Gangster, der mit brutaler Gewalt gegen seine Gegner vorgeht und den ganzen Stadtteil terrorisiert.

Pfiffer ist bei der ganzen Bevölkerung verhasst, aber keiner wagt es, etwas gegen ihn zu unternehmen. Denn er hat schon viele seiner Feinde zusammengeschlagen oder durch seine Schlägerbande fertigmachen lassen. Einige hat er mit der Pistole niedergeschossen.

Doch Polizei und Gericht haben ihn ungeschoren gelassen. Und die Bewohner des Peter wissen aus eigener Erfahrung, dass es nichts nützt, gegen Pfiffer die Polizei zu holen. Vor etwa 1 1/2 Jahren hat Pfiffer nachts vor seiner Kneipe einen niedergeschossen. Nachbarn haben die Polizei gerufen, die Bullen sind vorgefahren, haben sich kurz mit dem Verbrecher unterhalten und sind dann wieder abgefahren. Solche Fälle gibt es eine ganze Menge. Leute bewusstlos geschlagen, Leute angeschossen, einen Pelzladen ausgenommen usw. usw. Und nichts geschieht dem Gangster. Die Bevölkerung aus dem Peter ist sich sicher: Der Pfiffer arbeitet mit der Polizei zusammen, er ist ein Polizeispitzel.

Jetzt hat Pfiffer eine neue Aufgabe für unsere Feinde übernommen. Seit ein paar Wochen terrorisiert er unsere Genossen im Peter.

Am 16. November wurde in die Wohnung einiger Genossen eingebrochen, als gerade niemand da war. Auf wessen Konto das geht, ist ziemlich klar. Denn am 23. November kam Pfiffer wieder mit seinen Leuten. Diesmal kamen sie nachts ganz offen. Erst haben sie ein paarmal vom Hof ins Hinterzimmer geschossen. Glücklicherweise war niemand drin. Dann schlugen sie das Fenster zur Strasse ein und drohten den Genossen mit Prügeln und Messern. Ein Nachbar holte die Polizei. Und als der Polizist unseren Genossen fragte, ob er Pfiffer anzeigen wollte, sagte der in Anwesenheit der Polizei: "Du weisst genau, was dir passiert, wenn du mich anzeigst."

Am nächsten Tag sind sie nochmal in die Wohnung eingedrungen und haben einen Genossen, der allein zu Haus war, brutal niedergeschlagen. Als Abschied hat dann Pfiffer noch angekündigt: "Ich weiss ja, wo ihr jeden Dienstag euren Arbeiterstammtisch habt. Ich werde demnächst kommen und das Gasthaus in eine Achterbahn verwandeln."

Da mit dem Mann nicht zu spassen ist, trafen wir in der kurzen Zeit bis zum Dienstag (28. 11.) alle möglichen Vorbereitungen. Wir verteilten Flugblätter im Peter und mobilisierten alle Genossen. Am Montag trafen wir in einem Lokal Mitglieder der 'Liga gegen den Imperialismus'. Sie führten gerade eine Sitzung. Wir haben die Genossen aufgefordert, am Dienstag in unserer Kneipe zu sein und sie mit uns gegen den Terror zu verteidigen. Doch die, die dauernd von Solidarität schreiben und reden, hatten plötzlich Bedenken. Mit dummen Ausflüchten drückten sie sich vor dem Kampf. Als erstes wollten sie geklärt haben: "Auf welcher politischen und ideologischen Plattform wollt ihr diese Bündnisverhandlungen führen." Doch in diesem Moment ging es nicht mehr um Verhandlungen, sondern darum, gemeinsam eine starke Front gegen die faschistischen Überfälle des Klassenfeindes zu bilden.
Dazu waren sie nicht bereit. Sie schickten am Dienstag einen Beobachter.

Dafür kamen andere: eine Reihe Kollegen, einige revolutionär gesinnte Studenten und eine starke Gruppe von der Roten Hilfe. Der Raum wurde gestopft voll.

Und dann zeigte sich wieder einmal, was für eine Rolle solche Zuhälter und Verbrecher wie der Pfiffer für die Kapitalisten spielen. Die Polizei bereitete sich gründlich auf den Arbeiterstammtisch vor. Aber nicht etwa, um den Überfall zu verhindern, nein, sie wollten die Genossen von der Partei und ihre Sympathisanten bei dieser Gelegenheit packen.

Während Pfiffer ein paar von seinen Leuten, die wir nicht sofort erkannten, schon am frühen Abend in unser Stammtisch-Lokal schickte, um den strategisch wichtigsten Tisch zu besetzen, bereitete das Sonderkommando der Nürnberger Polizei einen besonders gefährlichen Einsatz vor, bei dem damit gerechnet werden musste, dass die Schusswaffen eingesetzt werden. Wir haben davon erst nachher aus der Zeitung erfahren, durch einen Zufall: Als der Einsatzleiter seine Leute zusammengerufen hatte und die Bullen ihre Pistolen einsatzbereit machten, jagte sich einer versehentlich eine Kugel durch den Kopf (Und das stand dann gross in der Zeitung).

Inzwischen füllte sich unsere Stammkneipe. Und weil wir ihm und seinen Leuten nicht sofort mit genügender Entschlossenheit entgegentraten, gelang es Pfiffer, mit etwa 15 Leuten, die meisten bewaffnet mit Pistolen, Stockflinten und Messern, hineinzukommen.

Das ist die Situation, die die Polizei gewollt hat. Es beginnt eine Diskussion, sie wird immer schärfer, Schimpfwörter, Drohungen; das ganze droht, in einer Schlägerei und Schiesserei zu enden. Ein ziviler Polizist versucht, uns zu einem Angriff zu provozieren. Aber in dem Moment hätten wir Pfiffer nur unter sehr schweren eigenen Opfern rausschmeissen können und hätten viele Gäste mit in Gefahr gebracht. Deshalb wäre ein Angriff abenteuerlich gewesen; wir versuchten, die Situation wieder unter Kontrolle zu bringen.

Auf dem Höhepunkt lässt sich Pfiffer plötzlich eine doppelläufige Flinte hereinreichen und hält sie in die Menge der Genossen. "Setzt Euch ruhig hin, dann können wir weiterdiskutieren."

Pfiffer lässt sich dazu bewegen, die Flinte wieder rauszubringen. Kurz danach kommen die Bullen herein. Ein Genosse, der in der Nähe der Tür stand, hörte, wie der erste dem nächsten die Lage in der Kneipe darstellte: "Die drei da sind nicht von der KPD/ML, der Tisch auch nicht, aber das da vorne ist KPD/ML..."

Wer es bisher noch bezweifelt hat, dem muss es jetzt klar werden, dass die Polizei einzig und allein kam, um etwas gegen uns zu unternehmen, nicht etwa gegen Pfiffer und seine Bande. Dass die Polizei und die Verbrecher in Wirklichkeit gut zusammenarbeiten und sich gegenseitig unterstützen.

Weil wir uns ruhig verhielten, war kein Vorwand für die Polizei da, um gegen uns einzuschreiten. Sie mussten sich sogar Pfiffers Flinte herausgeben lassen. Aber den Verbrecher selber nahmen sie nicht fest, sondern liessen ihn in seinem Wagen davon fahren.

Trotzdem soll Pfiffer unseren Stammtisch nicht mehr stören. Darin sind wir mit der Bevölkerung des Peter einig: Gegen diesen Verbrecher können wir uns nur selber verteidigen, denn er steht auf der Seite der herrschenden Klasse. Kämpfen wir gemeinsam gegen diese Auswüchse des Kapitalismus!

Kämpfen wir gegen das Grundübel Kapitalismus, denn nur so können wir das Verbrechertum endgültig ausrotten!